

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1 1/2 Thlr.,
für ganz Preußen 1 Thlr.
24 1/2 Sgr.
Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Inserate
(1/2 Sgr. für die fünfzeilige
Zeile oder deren Raum;
Reklamen verhältnißmäßig
höher) sind an die Expedi-
tion zu richten und werden
für die an demselben Tage er-
scheinende Nummer nur bis
10 Uhr Vormittags an-
genommen.

Amtliches.

Berlin, 8. Januar. Se. Majestät der König haben Allergnädigt ge-
ruht: Den Direktor der Kreisgerichtsdeputation zu Frankfurt, Kreisgerichtsrath
Pauli, zum Direktor des Kreisgerichts in Ebbau zu ernennen; so wie dem
Vize-Ober-zerimonienmeister, Kammerherrn Grafen von Schaffgotsch die
Erlaubnis zur Anlegung des von des Königs von Bayern Majestät ihm ver-
liehenen Kommandeurkreuzes erster Klasse mit dem Stern des Zivil-Verdienst-
Ordens der bayrischen Krone zu ertheilen.

Abgereist: Se. Erz. der General der Infanterie, Chef des Ingenieur-
korps und der Pioniere und erster General-Inspektor der Festungen, Fürst
Radziwill, nach Tschly.

Berlin, 9. Jan. Se. Königliche Hoheit der Großherzog von Meck-
lenburg-Schwerin ist gestern nach Schwerin abgereist.

Nr. 7 des St. Anz. enthält Seitens des k. Ministeriums für Handel,
Gewerbe und öffentliche Arbeiten eine Zirkular-Verfügung vom 31. Dezember
1861, betreffend die Rechtsverhältnisse der Binnen-Schiffahrt.

Bei der heute angefangenen Ziehung der 1. Klasse 125. Königl. Klassen-
Lotterie fiel ein Gewinn von 3000 Thlr. auf Nr. 34,479. 1 Gewinn von 500
Thlr. auf Nr. 89,454 und 3 Gewinne zu 100 Thlr. fielen auf Nr. 9497, 59,588
und 73,078.

Berlin den 8. Januar 1862.
Königliche General-Lotterie-Direktion.

Telegramme der Posener Zeitung.

Kassel, Mittwoch 8. Januar Mittags. Nachdem die
Mitglieder der Zweiten Kammer auf eine desfallsige Eröff-
nung der Regierung die Erklärung abgegeben hatten, daß sie
ihre Rechtsverwahrung für die 1831er Verfassung nicht zu-
rücknehmen, ist die Zweite Kammer Seitens des Landtags-
kommissars vermittelt landesherrlicher Verordnung aufgelöst
worden.

London, Mittwoch 8. Januar Abends. Hier einge-
troffene Berichte aus Newyork vom 28. v. M. melden, daß
Lincoln die Auslieferung Sibells und Masons bewilligt habe.
Die Newyorker Journale sagen, dieselbe werde als eine po-
litische Nothwendigkeit mehr von den Küstenstaaten, als von
denen im Innern und im Westen acceptirt werden. Die Er-
klärung Lincoln's, daß er nicht zwei Kriege zu gleicher Zeit
führen könne, werde als Rechtfertigung seiner Politik ange-
nommen werden.

Moskau, Dienstag 7. Januar. Gestern hat Omer
Pascha eine neue Proklamation an die Insurgenten gesandt,
welche den sich Unterwerfenden volle Amnestie und bezie-
hungsweise gnadenvolle Rücksicht der Pforte verspricht. Bis
zu dem Eintreffen der Antwort sind türkischerseits die kriege-
rischen Operationen suspendirt worden.

(Eingeg. 9. Januar 9 Uhr Vormittags.)

Newyork, 28. Dez. Der Unionsdampfer „Santiago“ hat an
der Küste von Texas den englischen Schooner „Eugenia“, Kapitain
Smith, angehalten, und zwar keine Kriegskontrebände gefunden,
aber zwei als Sonderbundsagenten verdächtige Personen auf demsel-
ben gefangen genommen. Diese beiden Passagiere sind nach Newyork
gebracht und werden im Fort Lafayette gefangen gehalten. — Der
Hafen von Charleston ist jetzt durch verfenkte Schiffe vollständig
gesperrt. Von Annapolis wird eine Schiffsperdition mit 12,000
Mann unter Durand's nächstens abgehen, und man vermuthet einen
vollständigen Erfolg. — Man glaubt, daß das dem Kongresse vor-
gelegte Geset., welches die Sklaven aus den Separatistenstaaten,
welche der Union beitreten, für frei erklärt, durchgehen werde.

(Eingegangen 9. Januar 10 Uhr 40 Min. Vormittags.)

Die Aufgabe der Deutschen in der Provinz Posen.

VIII.

Für den gewissenhaften Publizisten giebt es Gegenstände,
welche seine ganze Voracht darum erheischen, weil über sie alte
Vorurtheile und vorgefaßte Meinungen, theils noch im Schwange
sind, theils erst begonnen haben, zerstreut zu werden, und das un-
befangene Urtheil einerseits nicht leicht sich Eingang verschaffen,
andererseits sehr leicht zu Mißdeutungen verleiten kann, wodurch
man Schaden könnte, während die Absicht obwaltet, nützlich zu sein.
Ein solcher Gegenstand ist die Sache der Juden, über welche in
Beziehung auf unsere Provinz und auf die Gesichtspunkte, von de-
nen aus wir sie zu behandeln gedenken, Einiges zu sagen wir noch
schuldigt sind.

Daß die Juden Preußens endlich vollständig und in aufrich-
tiger Wirklichkeit emanzipirt, das heißt: den nichtisraelitischen
Mitbürgern gleichgestellt werden müssen an Rechten wie an Pflich-
ten, kann für einen Staat von heute einem Zweifel nicht mehr un-
terzogen werden. Die Gleichstellung der Juden ist ein Prinzip und
eine Thatsache der zivilisirten Welt, von den großen Unionsstaaten
Amerika's an bis zum winzigen Dänemark in Europa. Genau
genommen, hat die Judenfrage eigentlich aufgehört, eine Juden-
frage zu sein, weil sie eine Frage der Gewissensfreiheit im Allge-
meinen geworden ist, die alle Belenntnisse gleich angeht, alle Sek-
ten, alle Glaubensrichtungen. Seltener aber hat die Judenfrage
aufgehört, eine Frage überhaupt zu sein, weil die Gewissensfreiheit

vor der Denkungsweise von heute und ihrer Staatsraison keine
Frage mehr sein kann. Insofern die reußische Verfassung den An-
spruch machen soll, als ein Produkt des heutigen Staatsgedankens
zu gelten, und als das gestaltende Grundgesetz einer modernen bür-
gerlichen Gesellschaft, kann ihr Paragraph der Gewissensfreiheit den
Sinn nicht haben, die Juden davon auszuschließen, ohne ihren
Sinn überhaupt einzubüßen, ohne sich selber Lügen zu strafen und
den Staat der Intelligenz dazu.

Nun machen aber die Juden in dieser Provinz numerisch fast
die Hälfte der Judenschaft Preußens aus, und man begreift nicht
schwer, welche Wichtigkeit der Sache der Juden in der Provinz für
sämmliche Juden Preußens beizulegen sei. Andererseits wiederum
machen gegenwärtig die Juden in der Provinz, was aus den Wahl-
männerwahlen erster und zweiter Klasse genugsam ersichtlich ist,
eine so hervorragende Steuerkraft aus; scheinen gegenwärtig die
Juden unserer Provinz, nach Anzahl Einfluß, liegenden Gütern,
flüssigen Kapitalen, nach Geschicklichkeit, Emsigkeit in Groß- und
Kleinhandel, nach ausnahmsweiser Korrektheit in ihren sittlichen
Zuständen (wie dies die Statistik darthut), nach ihrer intelligenten
Rührigkeit und rührigen Intelligenz, solchermaßen zu einem Gra-
vitationspunkte hinzuneigen, daß wir geglaubt haben, keine Ueber-
treibung zu begehen, wenn wir die Sache der Juden zur Sache der
Provinz erheben, wenn wir, Angesichts der beiden Nationalitäten
hier, in den Juden das entscheidende Element betrachten, je nach-
dem sie auf die eine oder die andere Seite sich neigen. Haben die
Juden dereinst viel vom Deutschtum nach Sitte und Sprache in
die Provinz hereingetragen, so steht eben so viel bei ihnen, das
Deutschtum hier zum Austrage bringen zu helfen. Ohne die Juden
auf deutscher Seite scheint das Germanisirungswerk an der Vollen-
dung erschwert, mit ihnen erleichtert zu werden.

Wollen dies die Juden unserer Provinz? Müssen sie es wol-
len? Müssen sie wollen Preußen, Deutsche sein? — Auf diese Frage
ertheilt eine zweite Frage die Antwort: Wollen die Deutschen in der
Provinz, müssen sie wollen, daß die Juden zu Preußen, zu
Deutschen gemacht würden? — Seien wir gerecht gegen die einst-
malige preußische Verwaltung. Wie durch ihre Hand der polnische
Bauer der Provinz aus der Hörigkeit der Leibeigenschaft sich selber
wiedergegeben worden ist, um, statt ein polnischer Sklave, ein
preußischer Bürger zu sein: so hat sie auch den Juden in ihrer ge-
selligen und bürgerlichen Entwicklung vermöge des Schulwesens und
anderer Förderungsmittel, zwar gar zu unbeschleunigt und in kleinen
Dosen, doch nachgerade recht mannichfachen Vorschub geleistet.
Diesem Werke aber durch die ganze bürgerliche und staatliche Gleich-
stellung der Juden die Krone aufzusetzen, ist dem Regimente der
Gegenwart vorbehalten geblieben. Da müssen dann den nicht-
israelitischen Deutschen in der Provinz jene Gleichstellung so wahr
wollen, wie sie den Sieg über das Polenthum wollen; sie müssen
die Angelegenheit der Juden zu der eignen machen, und der Jude
wird die ihrige zu der seinigen machen. Der Jude in der Provinz,
von Preußen emanzipirt, wird, muß ein Preuße, ein Deutscher sein.
Eingetreten vollgültig in das preußische Bürgerthum, wird er unter
dessen Patrioten vollgültig mitzählen. Es wäre gewiß nicht ein
gerechtfertigtes Verlangen, daß Jemand ein Vaterland das seinige
nenne, welches ihm die Ehre zwar giebt, alle Pflichten, gleich den
übrigen Mitbürgern, zu erfüllen; aber die Ehre versagt, gleich ihnen,
alle Rechte zu genießen. Es wäre ein unnatürliches Verlangen,
daß Jemand ohne Trübung ein Vaterland lieb habe, welches die
Liebe erwidert mit Zurücksetzung.

Posen, 9. Januar. Dr. C.-k.

Deutschland.

Preußen. AD Berlin, 7. Jan. [Zur inneren Si-
tuation; Flotten-Anleihe; die Ansichten Preußens
in Betreff der deutschen Bundes-Reform.] Die Eröff-
nung der Landtagssession rückt nahe heran und es ist nicht zu ver-
kennen, daß alle Welt mit einer ängstlichen Spannung den ersten
Lebensäußerungen des neugewählten Abgeordnetenhauses entgegen-
sieht. Durch die Wahl Simons in Wezlar hat die konstitu-
tionelle Partei wenigstens einen ihrer angesehensten Führer wieder
gewonnen, und dieselbe wird nun in erster Linie die Kandidatu-
ren Simons und Grabows für den Präsidentensitz unterstützen.
Bekanntlich hat Grabow auch bereits die Initiative ergriffen, um
eine große liberale Kammerpartei zu organisiren, welche nach bei-
den Seiten hin ein gemäßigtes Zentrum, allerdings mit mancherlei
Meinungsschattierungen in Betreff der Spezialfragen, bilden würde.
Noch ist es aber fraglich, ob die beabsichtigte Organisation über-
haupt zu Stande kommt oder ob sie an der Klippe des Militär-
Stats scheitert. Die Fortschrittspartei will sich auf Grund ihres
Wahlprogrammes konstituiren; aber dasselbe ist doch so unbestimmt
gehalten und hat so verschiedenartige Elemente um sich gesam-
melt, daß eine Scheidung in Unterabtheilungen nicht zu ver-
meiden sein wird, sobald die konkreten Fragen der Tagespolitik
zur Entscheidung kommen. Schon jetzt sieht man einzelne
Meinungsverschiedenheiten im Fortschrittslager auftauchen. So
wird z. B. darüber gestritten, ob man eine Verbindung mit der
konstitutionellen Partei unter der Führung Grabows anstreben, ob
man auf eine Adress-Debatte eingehen soll, oder nicht. Die Ent-
scheidung der letzteren Frage wird vor Allem davon abhängen, ob
die Eröffnung des Landtags durch den König in Person geschieht
oder nicht. Wenn der Monarch selbst vom Throne aus die Landes-
vertretung begrüßt, dann wird das Abgeordnetenhaus es sich nicht
vertragen wollen, die Anrede des Königs durch eine Adresse zu be-
antworten. Man hält es jetzt für wahrscheinlich, daß der König den
Einweihungsakt der neuen Session vollziehen wird. — Schon vor

längerer Zeit habe ich Ihnen gemeldet, daß die Regierung eine be-
schleunigte Entwicklung unserer Marine für dringend notwendig
erachtet. Da dieses Bedürfnis im Lande allseitig anerkannt wird,
so hat man sich zu einer Vorlage entschlossen, durch welche zur Be-
schaffung eines umfassenden Marine-Materials die Aufnahme einer
Anleihe beantragt wird. Die Zweckmäßigkeit einer solchen Finanz-
Maßregel für den bezeichneten Zweck ist einleuchtend, da es sich um
eine Organisation handelt, deren Früchte der Zukunft zu Gute
kommen werden, deren Last mithin nicht der Gegenwart allein auf-
gebürdet werden darf. — Der Bernstorff'sche Plan zu einem engeren
deutschen Bundesstaat, welcher in der Rücküberlegung auf das
Reuß'sche Projekt angedeutet ist, wird in allen für den Gedanken
eines engeren Deutschlands eingenommenen Kreisen beifällig be-
urtheilt. Es ist seit 1850 doch wieder einmal ein positives Pro-
gramm für die deutsche Politik Preußens, das ohne gewaltsame
Eingriffe einem wünschenswerthen Ziele zutreibt.

(Berlin, 7. Jan. [Vom Hofe; Tagesnachrichten.]
Se. Maj. der König nahm im Laufe des heutigen Vormittags die
gewöhnlichen Vorträge entgegen und arbeitete darauf längere Zeit
mit dem Chef des Militärkabinetts v. Mantouffil. Mittags konfe-
rirte der König mit dem Staatsminister v. Auerswald. Zu vor hatte
der Prinz Heinrich von Hessen seinen Besuch gemacht; derselbe blieb
auch hier zur Tafel und kehrte erst Abends nach Potsdam zurück.
Die Majestäten und die übrigen hohen Herrschaften machten heute
Nachmittags eine längere Spaziersahrt durch den Thiergarten und
nahmen im Schlosse zu Charlottenburg die Gemächer in Augen-
schein, in welchen morgen die Königin-Wittve Wohnung nehmen
wird. Das Diner war im kronprinzlichen Palais und heute Abends
ist bei den Majestäten Thee und Souper, zu welchem außer den
hohen Herrschaften einige 20 Gäste geladen sind. — Morgen treten
die Minister wieder zur Berathung der Thronrede zusammen. —
Heute hatte Graf Bernstorff Konferenzen mit den Gesandten Dä-
nemarks und Rußlands und empfing auch den bisherigen Vertreter
Braunschweigs zc. Geheimrath Dr. v. Liebe. Als sein Nachfolger
wird bereits der Kammerath v. Köhnigen genannt und soll der-
selbe schon in diesen Tagen von Braunschweig hier eintreffen. Die
Ernennungen für unsere erledigten Gesandtschaftsposten werden
noch im Laufe dieses Monats erwartet. Gegenwärtig sind die
Minister noch zu sehr durch die Kammerverordnungen in Anspruch ge-
nommen. — Der Handelsminister v. D. Heydt hat Einladungen zu
vier Soirées ergehen lassen, die am 14. und 28. Jan. und am 11.
und 25. Februar in seinem Hotel stattfinden werden. Auch die
übrigen Minister werden gleichzeitig Abendgesellschaften veranstalten.
— Der schwedische Gesandte Baron v. Jarra gab heute ein
diplomatisches Diner. Unter den Gästen befanden sich auch die
Minister v. Auerswald, Graf Bernstorff und v. Schleinitz, die hier
verweilenden königlichen Gesandten, der Unterstaatssekretär v. Grün-
ner zc. — Der Professor Birchow, zum Abgeordneten gewählt, hat
angezeigt, daß er dieserhalb während der Dauer der Session nicht
lesen werde. — Der Geburtstag Lessings, 22. Jan., soll durch ein
Festmahl gefeiert werden, zu welchem sich seine Verehrer vereinigen
wollen. — Der Gesandtschaftsgeistliche Pischon ist (wie bereits ge-
meldet) vom auswärtigen Ministerium im Einverständniß mit dem
evangelischen Ober-Kirchenrathe vom Amte suspendirt und von
Konstantinopel abberufen. Er ist bekanntlich schon einige Tage hier
anwesend. Ebenso verweilt der Graf v. D. Goltz hier, der Preußen
bei der Pforte seither vertreten hat.

(Berlin, 8. Jan. [Vom Hofe; Tagesnachrichten.]
Im Laufe des heutigen Vormittags arbeitete der König mit den
Geheimrathen Maire und Costenoble, dem Oberstkammerrath
Grafen Redern zc. und nahm alsdann die militärischen Meldungen
entgegen. Mittags ließ sich der König, im Beisein des General-
feldmarschalls v. Wrangel, durch den Stadtkommandanten General
v. Alvensleben die serbischen Offiziere vorstellen, die 3 Jahre lang
beim Generalstabe der Garde-Artilleriebrigade und dem Garde-
Pionierbataillon Dienst thun werden, um die preußischen Exerzitzen
genau kennen zu lernen. Nachmittags fuhr die Majestäten und
die Prinzen und Prinzessinnen nach Charlottenburg und begrüßten
im dortigen Schlosse die Königin-Wittve, welche nunmehr in
demselben für die Dauer der Wintermonate ihre Residenz genom-
men hat. Am 4 Uhr war bei der hohen Frau Diner. — Der Groß-
herzog von Mecklenburg-Schwerin, welcher sich gestern Abends im
königlichen Palais verabschiedet hatte, ist heute früh mit seinen bei-
den Adjutanten nach Schwerin zurückgereist, wird aber schon in
kurzer Zeit zu einem längeren Besuch wieder nach Berlin kommen.
Während der Karnevalszeit werden auch die Strelitzer Herrschaften
Gäste unseres Hofes sein. — Der heutige Ministerrath dauerte
nahezu fünf Stunden und wohnte demselben auch der Kron-
prinz bei. Wie schon gemeldet, war die Thronrede Gegen-
stand der Berathung. Der Kronprinz verließ die Sitzung noch
vor ihrem Schlusse und begab sich ins königliche Palais. Dort
soll am Sonnabend eine Konseilsitzung abgehalten werden. —
Am Freitag will der König auf der Schöneberger und Tempelhofer
Feldmark jagen. An dieser Treibjagd auf Hasen nehmen auch die
königlichen Prinzen und andere fürstliche Personen Theil und sind
außerdem der Generalfeldmarschall v. Wrangel, der russische Mill-
tärbefehlshaber General Graf Adlerberg, und mehrere höhere
Militärs geladen. — In der nächsten Woche soll in den königlichen
Gärten zu Potsdam eine Treibjagd abgehalten werden. — Der
sächsische Gesandte Graf Hohenthal giebt morgen ein diplomatisches
Diner; ein gleiches findet am 16. d. M. bei dem Vertreter Des-
reichs Grafen Karolyi statt. — Wie schon mitgetheilt, kauft im
nächsten Jahre die Wahlperiode unseres Oberbürgermeisters
Dr. Krausnick ab. Nach dem Regulativ zur Städteordnung darf

die Neuwahl nur ein Jahr zuvor, aber auch nicht später als sechs Monate vorher ausgeführt werden. Man denkt daher schon jetzt an die Wahl und Alles was ich davon gehört, spricht nicht für eine Wiederwahl des Dr. Krausnick. Bis jetzt fühlt sich derselbe aber auch nicht veranlaßt, im Voraus dieselbe abzulehnen. Dr. Krausnick bezieht ein Gehalt von 6000 Thalern und hat dabei eine schöne Dienstwohnung, die auf 1000 Thaler veranschlagt wird. Erfolgt seine Wiederwahl nicht, so erhält er 3000 Thaler Pension. — Das große Flottenkonzert, zu welchem sich die hiesigen Gesangsvereine vereinigt haben, findet am 26. d. Mts. Mittags, unter Tauberts Leitung im k. Opernhause statt. — Die Direktion des Viktoria-Theaters veranstaltet jetzt auf eigene Hand Redouten und hat für die erste den 1. Februar bestimmt. An demselben Tage ist bekanntlich auch der erste Subscriptionsball im Opernhause. — Die Nachricht von der Wahl des Dr. Simson in Weklar ist hier mit großer Freude aufgenommen worden. Er wurde dort mit 71 gegen 46 Stimmen, welche auf Kr. Ger. R. Hahn in Weklar fielen, gewählt.

[Schluß der dänischen Note aus gestr. Ztg.] Schritt für Schritt hat die königl. Regierung durch eine sichere Aussicht auf die Exekution mit deren unberechenbaren Folgen sich gezwungen gesehen, von der durch die Bekanntmachung vom 28. Januar 1852 bezweckten und durch Bundesbeschluß vom 29. Juli desselben Jahres gutgeheißenen Stellung des Herzogthums in der Monarchie zurückzuweichen. Und wenn die königl. Regierung jetzt, belehrt durch jährige bittere Erfahrung zur Zeit von dem resultatlosen Versuche abstehe, die Voraussetzungen von 1852 vollständig in der damals beabsichtigten Weise durchzuführen und aufs Neue mit einer Exekution bedroht, sich bereit erklärt, auch den zuletzt aufgestellten Forderungen des Bundes dadurch zu willfahren, daß den hollsteinischen Ständen eine auch hinsichtlich der allgemeinen Angelegenheit der Monarchie selbständige Stellung zugesichert und jede Veränderung in dieser Ordnung von der Zustimmung derselben abhängig gemacht werde. So hat sie lediglich ihr Augenmerk noch darauf gerichtet, diesen Zustand so zu reguliren, daß nicht jede Regierung unmöglich gemacht werde, und unter Aufrechterhaltung der Bekanntmachung vom 28. Januar 1852, soweit die Beschlüsse des deutschen Bundes es gestatten, einen Zustand hervorzuwirken, welcher den Forderungen des deutschen Bundes genügend, die fernere Gestaltung der hollsteinischen Verfassungsangelegenheit einer freien Vereinbarung mit den gesetzmäßigen Vertretern Holsteins überweist. Dieser kurze Rückblick auf den bisherigen historischen Verlauf der oberschwebenden Frage wird dem königl. preussischen (k. ö. östreichischen) Herrn Minister die gewünschte Aufklärung gewähren, sowohl über die definitiven Absichten der königl. Regierung hinsichtlich der verfassungsmäßigen Stellung Holsteins in der dänischen Monarchie, als über deren Verhältnis zu den in der Bekanntmachung vom 28. Januar 1852 darüber ausgesprochenen Absichten. Namentlich wird er daraus ersehen, daß wenn die gegenwärtige Lage der Dinge unseren Wünschen und den damals gehegten Erwartungen nur sehr unvollkommen entspricht, die Verantwortung hierfür nicht auf der dänischen Regierung lasten kann, welcher die jetzt vorliegende Ordnung durch wiederholte Exekutionsandrohung aufgezwungen ist. Auch darf es dabei nicht übersehen werden, daß nicht nur der deutsche Bund sich für befugt gehalten hat, von der Verpflichtung von 1852 abzusehen, sondern daß auch die allgemeinen Voraussetzungen der damals beabsichtigten Ordnung seitdem wesentlich modificirt sind. Das auf mannichfache Weise betänderte Streben nach einer mehr einheitlichen Gestaltung der öffentlichen Rechtsverhältnisse Deutschlands, dem weder die deutschen Regierungen, noch die Bundesversammlung fremd geblieben, sind Thatsachen, auf deren Würdigung ich hier nicht eingehen werde, die aber selbst aus einem rein deutschen Gesichtspunkte, auf die Stellung eines Bundeslandes zu einem nicht zum Bunde gehörigen Reiche notwendig von großer Bedeutung sein müssen. Eben deshalb kann ich bei der Bereitwilligkeit der königlichen Regierung, dieser Sachlage in gebührender Weise Rechnung zu tragen, die Hoffnung nicht aufgeben, daß es trotz aller Irrungen doch gelingen werde, eine alle berechtigten Forderungen befriedigende Lösung zu finden.

Seit der aber die königliche preussische Regierung sich nicht darauf beschränkt, den historischen Zusammenhang und die künftigen Aussichten der hollsteinischen Verfassungsfrage in Anregung zu bringen. Dem Versuche, auch die inneren Verhältnisse des Herzogthums Schleswig in den Bereich dieser Diskussion zu ziehen, kann ich nicht entsprechen, denn, wenn auch Sr. Majestät unser allergnädigster König, sich mit Rücksicht auf die Herzogthümer Holstein und Lauenburg und wegen deren staatsrechtlichen Verhältnisse zum deutschen Bunde in vielen der darauf gestützten Forderungen hat fügen können, so kann er das nicht mit Rücksicht auf das Herzogthum Schleswig, weil dasselbe zum deutschen Bunde nicht gehört und er die souveränen Rechte seines von deutschen Bunde unabhängigen Reiches zu wahren hat. Zwar können wir es der preussischen Regierung nicht wehren, aus den Verhandlungen von 1851 und 1852 Anlaß zu nehmen, sich über deren Verhältnis zur Stellung Schleswigs auszusprechen, und wie wenig Grund wir haben, eine Erörterung dieser Frage zu scheuen, wird aus dem Schriftwechsel erinnerlich sein, welcher aus Anlaß der preussischen Kammerverhandlungen darüber im Jahre 1860 stattgehabt hat. Aber der jetzt vorliegenden Frage ist dieser Gegenstand gänzlich fremd, denn in welcher Weise der deutsche Bund seine Kompetenz mit Rücksicht auf Holstein aufrechterhält, so hat er doch durchgängig die Ansicht festgehalten, welche die königl. preussische Regierung, früherer Vorgänge nicht zu gedenken, im Namen des Bundes 1851 ausgesprochen hat, daß die Verhältnisse Schleswigs als eines außerdeutschen Landes an sich nicht Gegenstand der Erörterung und Verhandlung des deutschen Bundes seien. In den Bundesbeschlüssen, um deren Durchführung es sich hier ausschließlich handelt, ist daher auch des Herzogthums Schleswig mit keinem Worte gedacht. Wiewohl ich daher nicht die Hand dazu bieten kann, die Lösung der ohnehin schon hinlänglich verwickelten hollsteinischen Frage durch Einmischung einer ganz neuen, den bisherigen Verhandlungen ganz fremden Frage zu erschweren, wo nicht unmöglich zu machen, kann ich doch nicht umhin, bei dieser Gelegenheit gegen die unrichtigen Behauptungen, die sich darüber in die Depesche des Grafen Bernstorff eingeschlichen haben, namentlich gegen solche Aeußerungen als „offenbar die systematische Bekämpfung der deutschen Nationalität“ oder über das noch fälschliche Fortbestehen des Reichsrathes für Schleswig bestimmte Einrede zu machen. Es kann dem Herrn Minister unmöglich unbekannt sein, daß selbst eine unparteiische Gerechtigkeit und wohlwollende Milde nicht gegen systematische Verleumdungen schützt, wo innerhalb desselben Staates verschiedene Nationalitäten einander gegenüberstehen; und was vollständige Fortbestehen des Reichsrathes für die zum deutschen Bunde nicht gehörigen Theile der dänischen Monarchie betrifft, so soll ich, ohne näher auf diesen Punkt einzugehen, auf das vom Bunde mit Befriedigung angenommene Patent vom 6. November 1858 verweisen, worin dasselbe bestimmt ausgesprochen, wie denn auch in dem Bundesbeschluß vom 8. März 1860 und 7. Februar d. J. in klarer Weise vorausgesetzt ist.

Se schmerzlicher der hier erwähnte Theil der Depesche des Grafen Bernstorff uns hat berühren müssen, desto mehr wünschen wir festzuhalten an seinen wiederholten Versicherungen, ein gedeihliches Resultat dieser Verhandlungen aufrichtig zu wünschen. Auf diesen Wunsch, der sicherlich von allen befreundeten Mächten getheilt wird, gründe ich die Hoffnung, daß, nachdem die königl. Regierung durch die diesseitige Erklärung vom 29. Juli d. J. dem Willen des deutschen Bundes vorläufig entgegengekommen ist, die königl. preuss. Regierung nicht unterlassen werde, unsere Vorschläge, die nur die lokale Erfüllung dieser Bundesbeschlüsse bezwecken, in ernsthafte Erwägung zu ziehen. Namentlich dürfen wir uns auch der Erwartung hingeben, daß der deutsche Bund an die hollsteinischen Stände zu wiederholten Malen als an das rechte Forum der Sache hingewiesen habe, nicht wiederum seinen Entschluß von der Zustimmung dieser Stände abhängig machen, sondern selbst erlassen wird, wie weit unsere Vorschläge seinen früheren Entschlüssen entsprechen. Die Bundesversammlung wird es dabei gewiß nicht unterlassen, die Ansprüche Holsteins mit ihrer eigenen Gesetzgebung, sowie mit den souveränen Rechten des Landesherren in Einklang zu bringen. Zudem ich daher mit der wiederholten Bitte an den Herrn Minister des Auswärtigen schließe, daß er durch ein Eingehen auf die Sache uns in den Stand setzen wolle, die Punkte näher zu erläutern, welche in unseren Vorschlägen ihm unklar oder zweifelhaft erschienen, darf ich es nicht unterlassen, ihn daran zu erinnern, daß der Zusammentritt des Reichsrathes so lange verlagert ist, als die Verfassung der Regierung dieses gestattet, und daß somit der Zeitpunkt nahe liegt, wo die königl. Regierung sich in die Nothwendigkeit versetzt finden wird, das Budget für die nächste Finanzperiode vorzulegen, sowie es der königl. preussischen Regierung bekannt ist, daß eine Verlängerung des gegenwärtigen Provisoriums über den Ablauf der jetzigen Finanzperiode nicht möglich ist. In dieser Beziehung darf ich mich auf die Erklärung der königl. preuss. Regierung berufen, daß es selbstverständlich fern von ihrer Absicht sei, den Bedingungen einer geordneten Staatsverwaltung oder den Rechten des Landesherren und der übrigen zum deutschen Bunde nicht gehörenden Landestheile in irgend

einer Weise zu nahe zu treten. — Versuche Sw. Erzellenz, dem königl. preuss. (k. ö. östreichischen) Minister der auswärtigen Angelegenheiten eine Abschrift dieser Depesche zu übergeben. Mit ausgezeichnete Hochachtung u. (gez.) G. Hall.

[Expropriationsgesetz.] In einem Reskripte des Handelsministers und des Ministers des Innern vom 17. Dez. an den hiesigen Magistrat wird erklärt: „daß zwar der Entwurf eines allgemeinen Expropriationsgesetzes angefertigt ist und gegenwärtig der Berathung im Justizministerium unterliegt, der Zeitpunkt aber, zu welchem der Landesvertretung Seitens der Staatsregierung ein solcher Gesetzentwurf vorgelegt werden kann, mit Rücksicht auf den bedeutenden Umfang der erforderlichen Vorarbeiten, sich noch nicht bestimmen läßt. Mit Gewißheit ist anzunehmen, daß der Entwurf dem Landtage während seiner bevorstehenden Versammlung nicht vorgelegt werden wird. Es sind aber die auf Expropriationen zum Behuf von Wegebauten und Straßenanlagen bezüglichen Bestimmungen in den Entwurf einer allgemeinen Wegeordnung aufgenommen, welcher voraussichtlich zur Berathung des Landtages in nächster Zeit gelangen wird.“

[Preussische Stimmung in Bayern.] Der „Volksbote“, ein Blatt, welches in München erscheint und dort für den populärsten Vertreter des altbayrischen Patriotismus gehalten wird, jagt in Bezug auf einen neueren Vorschlag Preußens: „In Berlin scheint man mit der Farb' herauszudenken zu wollen, und wie der „Volksbot“ schon immer gelagt hat, die Nag' springt auf den alten Fühen. Nach einer Frankfurter Korrespondenz der „Allgemeinen Zeitung“ hat Preußen die sächsischen Vorschläge bezüglich der Bundesreform abgelehnt und eine Grundlage aufgestellt, bei der der schwarzweiße Zipfel an allen Ecken herauskaut. Diese Grundlage soll darauf hinausgehen, daß Preußen, ohne den „Austritt“ irgend eines Mitgliedes aus dem Bunde zu „gestatten“, doch eine engere Vereinigung mehrerer, vielleicht aller „rein deutschen“ Bundesstaaten, mit Preußen innerhalb des Bundes für eben so möglich als zulässig erachtet. Graf Bernstorff will also von einer Reform des Bundes nichts wissen, sondern die Zollvereinsländer, der engere Bund, sollen sich freiwillig an Preußen anschließen und ihm die Führerschaft in Krieg und Frieden übertragen, wie es dieser bereits in Zollsachen hat. Damit ist man an der Spree wieder bei der Erfurterlei angelangt, wo trotz aller Trommlerei ganze andertehalb Staaten sich an die „preussische Spitze“ gehängt haben. Wie viel Gäste mag man in Berlin wohl jetzt zu dieser Suppe erwarten? Andererseits hört man von Oesterreich, obwohl es noch kein vollständiges Projekt ausgearbeitet, daß es ein aus den Abgeordneten der deutschen Stände bestehendes Volkshaus neben dem zu reformirenden Bundestage, eine entsprechende Gestaltung der Exekutivgewalt und ein Bundesgericht wolle.“ — Die „A. V. Z.“, welche diese Auslassungen mittheilt, bemerkt dazu: Es ist immerhin interessant, Gesinnungen kennen zu lernen.

Breslau, 8. Jan. [Dderregulirung.] Dem hiesigen kaufmännischen Verein, welcher in Betreff der Dderregulirung bei Sr. Maj. dem Könige, dem Kronprinzen und dem Handelsminister petitionirt hatte, ist ein Schreiben des Oberpräsidenten v. Schleinitz vom 28. Dez. v. J. zugegangen, in welchem derselbe mittheilt, daß nach Inhalt der im vorigen Jahre dem Hause der Abgeordneten vorgelegten Denkschrift das Hauptwerk der Dderregulirung von Kofel bis Schwedt einen Kostenaufwand von 341,000 Thalern erfordere und daß bei einer Vertheilung dieser Summe auf zehn Baujahre jährlich 34,100 Thlr. für diesen Zweck aufzuwenden sein würden. Da indeß nicht anzunehmen, daß zehn volle Baujahre, die nach dem Wasserstande einen unausgesehten Betrieb der Regulirungsarbeiten gestatten, sich unmittelbar folgen werden, so sei mit Sicherheit nicht darauf zu rechnen, daß jährlich eine größere Summe als etwa 200,000 Thlr. mit Nutzen für die Regulirung verwendet werden könne, insofern die Förderung der Arbeiten ihrer Natur nach wesentlich von dem Wasserstande abhängt. Schon in diesem Jahre sei es möglich gewesen, eine diesem Betrage sich nähernde Summe für die Dderregulirung flüssig zu machen, und es sei die Absicht, in dieser Richtung fortzufahren, soweit die verfügbaren Mittel dies irgend gestatten. Die Aufnahme eines Darlehens für Zwecke der Dderregulirung, wenn damit die Erhebung einer Schiffsabgabe auf der Dder behufs Verzinsung und Amortisation desselben in Verbindung gesetzt werde, erscheine nicht angemessen, weil das berechtigste Streben der Gegenwart dahin gerichtet sei, dergleichen Ausgaben überall, wo sie bestehen, zu beseitigen.

Oesterreich. Wien, 6. Jan. [Der Regierungs-Entwurf eines Religions-Ediktes.] wird von den Ultramontanen eben so heftig angegriffen, wie seiner Zeit das von dem konfessionellen Ausschusse des Abgeordnetenhauses ausgearbeitete Religions-Edikt. Die geistlichen Mitglieder der mit der Ausarbeitung des Regierungs-Entwurfes betrauten Kommission haben gegen denselben Verwahrung eingelegt und der Kardinal-Erzbischof von Wien hat sich offen in sehr scharfen Ausdrücken gegen denselben ausgesprochen. Seinem Einflusse ist es auch zuzuschreiben, daß der Ministerrath die Revision, welche in diesem Falle gleichbedeutend mit Restringirung ist, beschlossen hat. So zahlt der ministerielle Entwurf auch ist, so hat er doch jedenfalls das Verdienst, daß er mit der unheilvollen Gelehrigkeit der Konfessionsmänner auf das Neueste, sie wollen nicht zugeben, daß die erzbischöflichen Kurien, welche seit dem Konkordate unverantwortliche gesetzgebende Behörden sind, die den Ministerien der Justiz, des Innern und des Kultus Konkurrenz machen, ihre Prärogative verlieren, und werden daher sicherlich Alles aufbieten, um die Zurücknahme des ministeriellen Entwurfes zu erwirken, obwohl derselbe in der That kaum mehr als eine Abschlagszahlung für bescheidene Gemüther genannt werden kann, da darin die Abhängigkeit des bürgerlichen Rechtes von dem Glaubensbekenntnisse aufrecht erhalten wird, und nur von dem Verhältnisse der verschiedenen christlichen Konfessionen zu einander, nicht aber auch von der nichtchristlichen Bevölkerung die Rede ist. Das Schicksal, welches das Religions-Edikt haben wird, kann jedenfalls als Maßstab dafür angesehen werden, in wie weit man in Oesterreich geneigt ist, die berechtigten Forderungen der Bevölkerung zu berücksichtigen. (R. Z.)

[Eine östreichische Note über die preussische Zeitungssteuer.] Der „Allgem. Ztg.“ wird folgende nicht unwichtige Mittheilung, angeblich aus Frankfurt, gemacht. Wir geben dieselbe in der wunderlichen Form wieder, unter der wir sie in der „Allgem. Ztg.“ finden: Man spricht hier von einer Note, welche vom östreichischen Kabinete an seinen Gesandten zu Berlin in Sachen der Besteuerung der deutschen Zeitungen schon in der ersten Hälfte

Dezembers erlassen worden sein soll. Hier wird ganz im Allgemeinen Verwunderung ausgesprochen, daß das liberale Preußen die Intelligenz zu besteuern sich habe entschließen mögen, was man Oesterreich eher zuschreiben stüßte bereit ist. Die Note soll lauten:

Das kürzlich bekannt gewordene Regulative vom 7. November l. J. zu dem k. preussischen Stempelsteuergesetz vom 29. Juni l. J. hat in Betreff der Behandlung der periodischen Presse in hohem Grade die Aufmerksamkeit der hiesigen Kreise auch in Oesterreich auf sich gezogen. Es sind daher bei der kaiserlichen Regierung nachliegende Bedenken angeregt worden, ob nicht durch jene Maßregel, welche ausländische und zwar gerade in deutscher Sprache erscheinende politische Tagesblätter mit einer Stempelsteuer von 33 1/2 Prozent vom Verlagspreise neben dem Postaufschlag belegt, unzweifelhaft durch den Handels- und Zollvertrag vom 19. Februar 1853 begründete gegenseitige Verpflichtungen berührt und verletzt werden. In der That, dürfen nach Artikel 9 dieses Vertrages innere Abgaben, welche in dem einen der kontrahirenden Staaten auf der Hervorbringung, der Zubereitung oder dem Verbrauch eines Gegenstandes ruhen, unter keinem Vorwand Erzeugnisse der kontrahirenden Staaten höher oder in lästiger Weise treffen, als die gleichartigen Erzeugnisse des eigenen Landes.“ Es müssen insbesondere Erzeugnisse, welche (nach Anlage I. zu Artikel 3) aus dem einen in den anderen Staat zollfrei eingehen, in Beziehung auf die innere Besteuerung als einheimische behandelt werden.“ Nun sind uns zwar einige Erläuterungen nicht entgangen, welche das Regulative in den jüngsten Tagen in mehreren öffentlichen Blättern, besonders in der „Allg. Ztg.“ vom 5. l. M., gefunden hat; allein wir vermochten in denselben eine genügende Beweisführung dafür nicht zu erkennen, daß den gleichartigen außerpreussischen, also auch östreichischen Tagesblättern eine gleiche Behandlung wie den einheimischen zu Theil werden solle. Eine prinzipiell verschiedenartige Besteuerungsweise der in- und ausländischen deutschen Presse scheint uns unwiderleglich vorzuliegen, und eine wesentlich größere Belästigung, als durch das frühere Gesetz, scheint jedenfalls durch den §. 4 des neuen herbeigeführt zu werden, wonach für alle ausländischen steuerpflichtigen Blätter, wenn sie in deutscher Sprache erscheinen, die Steuer ein Drittel des am Ort des Erscheinens geltenden Abonnementspreises betragen soll, während ausländische Blätter in anderen Sprachen steuerfrei bleiben werden. Als die kaiserliche Regierung, ihrerseits ebenfalls aus finanziellen Gründen, in der Lage war, die in Oesterreich schon früher eingeführte Stempelsteuer auf die Tagespresse zu erstrecken, glaubte sie doch zwischen der außeröstreichischen deutschen Tagespresse und der inländischen keinen Unterschied machen zu dürfen; sie belegte beide gleichmäßig, ermäßigte später die Stempelsteuer für beide wieder gleichmäßig auf die Hälfte, und nur für nichtpreussische und nichtvereinsländische in fremden Sprachen erscheinende Blätter ließ sie den doppelten Steuerfuß bestehen. Es kann uns nicht bekommen, auf den Geist noch auf den Buchstaben einzelner Bestimmungen des neuen preussischen Stempelgesetzes und Regulative's brüte näher einzugehen, noch auch schon im voraus die Bedenken des deutschen Buchhandels in Oesterreich uns anzueignen, gegen die durch das Regulative, wie es scheint, der preussischen Steuer-Behörde vorbehaltenen mehr oder weniger willkürliche Macht zur Begünstigung gewisser Gattungen von periodischen Erzeugnissen; allein wir müssen wünschen, von der k. preussischen Regierung in Betreff der oben behaupteten Verschiedenheit der Behandlung zwischen der inländischen und der östreichischen Presse einen genügend auffüllenden Nachweis dafür zu erhalten, daß dadurch den Bestimmungen des Artikels 9 des Vertrages vom 19. Februar 1853 nicht zuwider gehandelt werde.

[Die Administration Galiziens.] Rücksichtlich der Veränderung der Administration Galiziens hört die „Destr. Ztg.“ daß dieselbe eine Vorbereitung sowohl für die Gemeinde, als für die politische Organisation überhaupt ist. Die Klagen aus dem Krafauer Kreise waren bereits zu einer solchen Höhe gelangt, daß ein längeres Hinausschieben des bisherigen Zustandes unmöglich war. Die Verwaltungsmaschine lief förmlich Gefahr, stillzustehen, weshalb auch mit der Veränderung eiligst begonnen wurde. Das Prinzip der neuen Organisation, welches die Regierung im Auge hat, ist Aufhebung aller Kreisämter und Wiederkehr zu den Bezirkshauptmannschaften, wie dieselben im Jahre 1850 eingerichtet wurden. Diese Bezirkshauptmannschaften wären dem Statthalter direkt zu unterstellen, und es würde sich daraus eine Ersparniß von fünf Millionen jährlich ergeben. Eine solche Organisation wäre jedoch in einem so ausgedehnten, langgestreckten Lande, wie Galizien, kaum möglich, ohne dasselbe in wenigstens zwei Verwaltungsgebiete zu theilen. Selbst die Durchführung der Organisation wäre mit dem Mittelpunkte von Lemberg sehr schwierig gewesen. Die neue Eintheilung ist demnach eine Anbahnung der neuen Organisation.

Bregenz, 4. Januar. [Protestantische Gemeinde.] In den letzten Tagen wurde von den in hiesigem östreichischem Grenzgebiet domicilirenden und zu einer Generalversammlung einberufenen Protestanten die Wahl eines Presbyteriums vorgenommen, und auch ein Zweigverein der Gustav-Adolf-Stiftung gegründet. Die bisher zur Gründung eines protestantischen Volkshauses, wie für die projektierten Schulbauten nebst der Dotation einer Seelsorge gelammelten Beiträge betragen etwas über 30,000 G.; weitere Besteuern werden mittelst Aufrufs an alle Protestanten in Deutschland, England und der Schweiz durch Zirkulare der Vorksteherchaft in Anspruch genommen. (A. Z.)

Baden, 7. Januar. [Die Spielbanken.] Nach dem „Fr. Z.“ steht die Aufhebung der Spielbank in Baden-Baden, beziehungsweise die Nichtwiedererneuerung des ablaufenden Spielbankvertrages in ziemlich sicherer Aussicht. Bereits soll die Aufhebung der Spielbank im großherzoglichen Staatsministerium definitiv beschlossen worden sein und den Ständen davon Vorlage gemacht werden. Den Vertretern der Stadt Baden soll durch das dasige großherzogliche Stadtamt hiervon Mittheilung gemacht worden sein, mit dem Anfügen, im Falle die Stadt Baden einschlägliche Wünsche habe, solche der großherzoglichen Staatsregierung zu äußern.

Braunschweig, 7. Jan. [Diplomatische Ernennungen.] Der „N. P. Z.“ wird von hier gemeldet: An Stelle des zum Geheimen Rath beförderten Dr. jur. Liebe ist der bisherige Kammerath v. Böhnchen mit dem Charakter „Legationsrath“ zum Geschäftsträger am königlich preussischen Hofe ernannt.

Hessen. Kassel, 6. Jan. [Verfassungsfest.] Das gestrige Fest zur Erinnerung an den Erlaß der Verfassung von 1831 ist ohne Störung von etwa 300 Personen im Stadtsaale gefeiert worden; patriotische Reden wechselten mit der Feier angemessenen Toasten. Im Ganzen schien ein tiefer Ernst auf der Versammlung zu ruhen, hervorgerufen durch die jüngsten Maßregeln der Regierung und durch die Betrachtung, daß der Kampf des letzten Jahres, in nächster Nähe und an den praktischen Erfolgen beurtheilt, uns dem erstrebten Ziele kaum näher gebracht hat, während er freilich von einem höheren Standpunkte aus angesehen werden weder für Kurhessen noch für Deutschland als ein erfolgloser bezeichnet werden kann. Eintracht, Ausdauer und Wahrung des geistlichen Bodens ist die neue Lösung. — Auch in Hanau wurde das Fest (wie telegraphisch schon gemeldet) im reich mit Schwarzrothgoldnen Fahnen geschmückten Saale des Gasthauses zur Krone begangen. Es hatten sich zum Festmahl über 300 Männer aus Hanau und den umliegenden Dörfern zusammengefunden. Von auswärtigen Gästen waren Dr. Weg aus Darmstadt und Sonnemann

und Jungermann aus Frankfurt erschienen. In zahlreichen und energischen Reden, darunter zwei auf die Hanauer Steuererweigerer und Alle die, welche ihnen nachfolgen, sprach sich freudigst gehobene Stimmung der Versammlung aus. Auch der Kasseler Gesinnungsgenosse wurde mit einem telegraphischen Gruß gedacht. An einer der Seitenwände befand sich das Bild Philipps des Großmüthigen mit der Umschrift: „Lieber Land und Leut verloren, Als einen falschen Eid geschworen“, angefertigt nach einer Denkmünze vom Jahre 1552. Jünger gedachte der versassungstreuen Haltung der anwesenden Landbewohner. Jungermann brachte das Hoch aus deutsche Vaterland aus. Anna begrüßte den Advokaten Weg aus Darmstadt als Vorkämpfer der deutschen Einheitsbewegung, sowie die anwesenden Vertreter der Frankfurter Presse. Weg wies darauf hin, daß wie das kurhessische, so auch das deutsche Volk nur durch Selbsthilfe zu seinem Rechte gelangen könne. Wie in Kurhessen alle Fraktionen der Fortschrittspartei an diesem Kampf nach einem gemeinschaftlichen Ziele mitwirkten, so möge man auch in der deutschen Frage alle untergeordneten Meinungsverschiedenheiten fallen lassen und sich um ein einziges Banner schaaren, die Herstellung eines deutschen Parlaments. Unter den vielen weiteren Reden und Toasten erwähnen wir nur noch diejenigen des Advokaten Weg auf die kräftige Stütze der Versassungspartei durch den neuen Hesseverein, des Herrn Sonnemann auf Friedr. Dettler, des Herrn Anna auf die Gründer der Versassung von 1831. Ein Redner gedachte der preussischen Fortschrittspartei, ein anderer forderte, gleich der „Kass. Ztg.“ die Staatsdiener auf, sich wie 1848 und 1850 über ihre Stellung zum heftigen Versassungskampfe öffentlich auszusprechen.

Marburg, 6. Januar. [Profr. Bromes.] Der außerordentliche Professor der Chemie Dr. Bromes ist am 3. d. M. zu Michelstadt im Odenwald seiner Krankheit erlegen. In seinem Fache hatte sich der Verstorbenen besonders durch Untersuchungen auf dem Gebiete der technischen Chemie bekannt gemacht.

Großbritannien und Irland.

London, 6. Jan. [Vom Hofe; Tagesnachrichten.] Der König der Belgier und Prinz Ludwig von Hessen befinden sich noch immer in Osborne. Die Königin trägt ihren Schmerz mit frommer Ergebung. Zu längeren Spazierfahrten war sie bisher nicht zu bewegen. Heute wird Ihre Majestät zum ersten Male seit dem Tode des Prinzen-Gemahls wieder eine Geheimraths-Versammlung halten, um das Parlament bis zum 6. Februar zu prorogiren. Es ist jedoch eine frühere Parlaments-Eröffnung immerhin möglich. Falls die Nachrichten aus Amerika einen Krieg in Aussicht stellen sollten, so könnte das Parlament auf dem Wege der Proklamations aufgefordert werden, sich binnen einer vierzehntägigen Frist zusammenzufinden. Hätte man das Parlament auf einen früheren Tag als den 6. Februar prorogirt, so könnte eine neue Prorogation, also eine neue Geheimraths-Sitzung notwendig werden. Durch die getroffene Vorkehrung werden die Minister keinesfalls in die Lage kommen, Ihre Majestät nochmals belästigen zu müssen. Lord Palmerston hat sich von seinem Sichteiden erholt, leidet aber noch an Schwäche in den Füßen. Von seinen amtlichen Geschäften hat ihn das Uebel nicht abgehalten. Von den anderen Ministern sind auch Sir J. C. Lewis, die Herzöge von Somerset und Newcastle, Sir J. Grey, M. Gibson, der Herzog von Argyll, Villiers und Lord Granville in London. Gladstone wird heute in London erwartet. Die Friedensrichter von Worcestershire und Warwickshire, Sir John Watkinson und Lord Dudley an der Spitze, haben eine Petition ans Parlament beschlossen um Verschärfung der den Wilder diebstahl betreffenden Gesetze. Sie verlangen, daß ungehegtes Wild unter dieselbe Kategorie wie gewöhnliches Privat-Eigentum gebracht, und daß die Polizei angewiesen werde, Jedermann zu verhaften, der Wild oder Jagdwerkzeuge in seinem Besitze hat, ohne über die Rechtmäßigkeit des Besesses sich ausweisen zu können. Wie wildreich das Land noch ist, kann man daraus schließen, daß in einer der angeführten Grafschaften die Zahl der Wildschützen oder Wilddiebe von Fach auf 800 geschätzt wird. Laut telegraphischer Privatmittheilung der „H. B. S.“ aus London, vom 7. d., Nachmittags 1 1/2 Uhr, hat der bekanntlich in Southampton liegende konföderirte Dampfer „Nashville“ gestern Kohlen eingenommen und die Maschine versucht. Der Kapitän befand sich noch in London, doch ist dem Bootsen angedeutet, daß das Schiff eine halbe Stunde nach Anzuge abgehen würde. Wie man offiziell vernimmt, wird eine Fregate der Bundesregierung sündlich erwartet, um auf den „Nashville“ zu vigiliren.

[Die mexikanische Frage.] Die „Times“ theilt Berichte aus Mexiko mit, die bis zum Ende des Monats November reichen, und sich in der Hauptsache mit der projektirten englisch-französisch-spanischen Intervention beschäftigen. Vom 10. Novbr. schreibt der Berichterstatter der „Times“: Wenn England, Frankreich und Spanien sich einbilden, daß eine Blokade der mexikanischen Häfen ihnen die Zahlung ihrer Forderung sichern würde, so werden sie sich bedeutend getaußt finden. Selbst die Besetzung der Häfen würde ihnen wenig helfen; möglich, daß sie den Fonds-inhabern eine oder zwei Dividenden verschaffte, aber zuletzt würde die Sache doch mißlingen. Die Zollstätten würden ins Innere verlegt, hohe Schutzzölle würden eingeführt, die große Masse der Fabrikate eingeschmuggelt oder auf dem Rio Bravo del Norte eingebracht werden, und die englischen Kaufleute wären schlimmer daran als zuvor. Gegenwärtig existirt gar keine Regierung, mit welcher eine fremde Regierung unterhandeln könnte. Suarez und seine Partei werden in der Hauptstadt nur geduldet und ihre Dekrete werden nicht über einen Umkreis von 10 Leguas hinaus respektirt. Der Gouverneur jedes einzelnen Staates handelt nach eigenem Belieben und kümmert sich um die sogenannte Zentralgewalt nicht. Gegenwärtig existirt eine starke Partei im Lande zu Gunsten einer fremden Intervention, und es würde leicht sein, die Verhältnisse des Landes auf dieser Bahn zu ordnen; aber wenn eine Blokade der Häfen oder eine Besetzung derselben beschlossen wird, geht die Sympathie dieser Partei wieder verloren und schlägt in entschiedene Feindschaft um. Die gewöhnliche Humanität verlangt ein Einschreiten gegen die jetzt herrschenden Greuel, und wenn Mexiko sich selbst überlassen bleibt, wird es innerhalb 2 Jahren der Liste der Sklavenstaaten angerechnet werden. Gegenwärtig würde auf die Empfehlung von England oder Frankreich fast jede Regierungsform angenommen werden und man würde die englischen und französischen Truppen mit offenen Armen empfangen; ihr Marsch von Vera Cruz nach der Hauptstadt würde einem

Triumphzuge gleichen. Wenn aber spanische Truppen an der Expedition theilnahmen, wäre das nicht der Fall. Kaum ein Mexikaner existirt, der dann nicht die Finte auf die Schulter nähme und es würde für nichts einzustehen sein, wenn auch nur ein einziges spanisches Regiment den Fuß auf mexikanischen Boden setzte. — In einem Schreiben vom 28. Nov. befaßt sich der Korrespondent der „Times“ mit der mehrerwähnten, von dem englischen Gesandten Sir G. Wyle mit der mexikanischen Regierung abgeschlossenen Uebereinkunft wegen Regulirung der britischen Forderung, die aber schon deshalb keine Bedeutung hat, weil sie von dem mexikanischen Kongresse in geheimer Sitzung mit 70 gegen 20 Stimmen verworfen und überdies durch das inzwischen eingetroffene britische Ultimatum annullirt worden ist. Dann kommt der Berichterstatter wieder auf die Expedition der drei Mächte zurück und bemerkt, daß Graf Russell sich in gewaltigem Irrthum befinde, wenn er glaube, daß keine sehr starke Partei vorhanden sei, welche die Intervention wünsche. Nur die äußerste liberale Partei, welche jetzt die Regierung führt, sei ihr entgegen; dagegen seien die Generale Doblado, Ortego, alle Moderados und die weniger bigotten unter den Klerikalen für eine Intervention, wenn England und Frankreich sich an die Spitze stellen wollen. Eine passive Rolle würde man dabei auch Spanien zugestehen, aber die National-Antipathie gegen Spanien sei so tief gewurzelt, daß eine ausschließliche Einmischung dieser Macht die verderblichsten Folgen nach sich ziehen würde. Das ganze Land würde von Guerillas überschwemmt werden und Eroberung oder Vernichtung die einzige Alternative bleiben. Das spanische Ultimatum zeige, daß Spanien sich nicht einfach mit Abhülfe der Beschwerden begnügen wolle. Es werde die unbedingte Annahme des Mon-Aktonte-Vertrages, die Abfindung einer Deputation nach Madrid, welche das Verfahren der gegenwärtig herrschenden Partei gegen den spanischen Gesandten entschuldigen soll, die Uebergabe aller und jeder Häfen 24 Stunden nach erfolgter Aufforderung und die Hinrichtung gewisser höherer Offiziere verlangt. Am 21. traf der Kurier von der Küste mit der Meldung ein, daß eine große Flotte mit 8000 Mann in einigen Tagen von Havannah abgehen werde. In Folge davon sind alle Wagen und Maulthiere zwischen der Hauptstadt und Vera Cruz mit Beschlag belegt worden, um Artillerie, etwa 300 Geschütze, und 4 Millionen Patronen nach Vera Cruz zu schaffen. Truppen sind in aller Eile nach Vera Cruz dirigirt und Uraga ist zum Oberbefehlshaber der Ostarmee ernannt worden. In der Hauptstadt erwartete man Doblado und Ortego als Garantie für die Sicherheit der Fremden.

Frankreich.

Paris, 6. Jan. [Zur Situation.] Mit Spannung wird der Rede entgegengesehen, mit der der Kaiser den gesetzgebenden Körper eröffnen wird. Man hat verschiedene Gründe zu vermuthen, daß diese Rede einen bedeutsamen Inhalt haben werde. Einmal waren die Neujahrs-Ansprachen zu inhaltlos, als daß man nicht annehmen müßte, der Kaiser habe die Kundgebungen, die man von ihm erwartet, der späteren politischen Veranlassung vorbehalten. Dann stehen in der That zu viel Fragen auf der Tagesordnung, um voraussetzen zu können, der Kaiser werde keine Gelegenheit benutzen, seine Gedanken und Gesichtspunkte auszusprechen. Der englisch-amerikanische Konflikt wird bis dahin in ein Stadium gekommen sein, die eine Aeußerung Frankreichs erfordert. Die Stimmung Italiens, der Konflikt zwischen der Partei der Aktion und den Elementen des Beharrens und Zauderns nöthigt Frankreich gleichfalls, vor Europa seine Stellung zu den italienischen Fragen in ihrer neuesten Gestalt erkennbar zu machen. Die Forderung, die Lavalette in Rom stellen mußte, daß König Franz II. bestimmt werde, den Kirchenstaat zu verlassen, ist nicht umsonst in einer so augenfälligen Form gestellt und die Ablehnung in einer Weise provozirt worden, daß sie in ganz Europa bekannt werden mußte. Es scheint, man hatte in den Tuilleries ein lebhaftes Interesse, Europa zu zeigen, daß Frankreich auf den Wunsch Piemonts, es von der lästigen Gegenwart des verdrängten Monarchen zu befreien, eingegangen ist. Die Demonstration der geforderten und abgelehnten Ausweisung des Königs Franz scheint nur die Grundlage bilden zu sollen für eine neue Nuance in der Stellung Frankreichs zu der piemontesischen Einigungspolitik. Auch die Entscheidung, die der Kaiser in dem Streite zwischen seinen Vettern getroffen hat, scheint hierfür zu sprechen. Endlich fragt man sich, wird der gesetzgebende Körper mit der Ankündigung einer neuen Anleihe eröffnet werden? Um das Fould'sche System der Enthaltung von allen Budget-Erweisen möglich zu machen, bedarf es einer neuen Anleihe. Soll mit der finanziellen Vergangenheit gebrochen werden, so muß man ihre Ansprüche tilgen; aus ungetilgten Defizits erwachsen immer neue Unterbilanzen. Wird, fragt man sich nun, die Eröffnung des gesetzgebenden Körpers hierüber Licht bringen? (VH.)

[Tagesbericht.] Durch kaiserliches Dekret vom 4. d. ist das heute im „Moniteur“ vollständig abgedruckte Generalreglement, welches die kaiserliche Kommission für die französische Abtheilung der diesjährigen Londoner Industrieausstellung aufgestellt hat, bestätigt worden. In einem vorausgegangenen Berichte des Prinzen Napoleon als Kommissionsvorsitzenden an den Kaiser war namentlich darauf hingewiesen, daß die Ausstellungsgegenstände auf Kosten des Staates nach London und wieder zurück geschafft werden und die Frachtbriefe und Begleitcheine, gerade so wie zur Pariser Weltausstellung von 1855, auch dieses Mal wieder stempelfrei sein müßten, was denn nun auch der Fall sein wird. — Der französische Gesandte für Persien, Gobineau, ist am 28. Nov. in Teheran angekommen. — Man hat schon früher mehrmals des Projektes eines ökonomischen Konzils erwähnt, das der Papst über die gegenwärtige Lage der Kirche in Rom abhalten wolle. Er soll jedoch auf Anrathen Frankreichs davon abgekommen sein und beschlossen haben, die Bischöfe der katholischen Christenheit nicht persönlich nach Rom zu berufen, sondern denselben eine Reihe von Fragen vorzulegen, die sie von ihren Diözesen aus schriftlich zu beantworten und einzuschicken hätten. — Mit dem 1. Januar ist ein neues Journal „l'Amateur d'Autographes“ erschienen. Es ist namentlich für Wiedergabe alter Handschriften bestimmt und erscheint monatlich zweimal. — Die „Patrie“ spricht ihr Erstaunen über das Verfahren in Preußen aus, nach welchem die Amnestirten, wenn sie sich länger als 10 Jahre im Auslande aufgehalten, ihr Bürgerrecht verliert haben. Dies stimme wenig zu der Veröhnung der Parteien und dem Vergessen früherer Irrthümer, auf welche die Politik jenes

Staates durch alle Verhältnisse der Gegenwart so dringend hingewiesen sei. — Die „Patrie“ hat aus Bombay vom 12. Dez. Nachrichten, aus denen sie die Erklärung abgiebt, daß die Meldung von der Verhaftung Rana Sahib's vollständig unbegründet ist.

[Intervention bei den Wahlen.] Der freimüthige „Temps“ spricht sich über das von der Regierung beanpruchte Recht, bei den Wahlen zu interveniren, mit den Worten aus: „Die Intervention der Regierung bei den Wahlen erscheint uns gleichsam wie ein Kriegszustand zwischen der Regierung und dem Lande; wie ein Kampf, in welchem die Behörde für ihre eigene Erhaltung genöthigt wäre, energisch ihre Partei zu ergreifen. Diese Intervention ist der Strenge nach in der sogenannten streitigen Periode einer Gewalt, wo sie noch für ihre Existenz zu kämpfen hat, begreiflich; aber sie scheint wenig vereinbar mit einer geordneten und gesicherten Ordnung der Dinge.“

Schweiz.

Bern, 5. Januar. [Militärisch.] Die Reorganisation der Raketenbatterien schlägt der Bundesrath laut der „Bern. Ztg.“ in dem Sinne vor: Die 4 Reserve-Raketenbatterien werden abgeschafft und die 4 Raketenbatterien des Auszuges dagegen in Mannschaft und Pferde verhältnißmäßig verstärkt. Für die Kompagnien dieser Batterien werden die Altersklassen des Auszuges und der Reserve verschmolzen. Von einer Aufhebung der Raketenbatterien rath der Bundesrath sehr ab. Für die Bedienung und Bemannung der gezogenen Vierpfünderbatterien schlägt der Bundesrath vor die Mannschaft und Pferde der vorhandenen Sechspfünderbatterien, und zwar in ihrem dermaligen reglementarischen Bestande, zu verwenden. Die Vertheilung auf die einzelnen Kantone geschieht so, daß jeder Kanton, der mehr als eine Sechspfünderbatterie hatte, je eine gezogene Batterie zu bedienen und zu bespannen hat. Es betrifft dies die neun Kantone, nämlich: Zürich, Bern, Luzern, Solothurn, St. Gallen, Aargau, Waadt, Neuchâtel und Gen. Für drei übrige gezogene Batterien wird das Loos gezogen unter denjenigen Sechspfünderbatterien des Auszuges, die noch übrig verbleiben. Im Ganzen bestehen nämlich 16 Sechspfünderbatterien des Auszuges; 12 davon gehen ab für die Bedienung gezogener Batterien und es verbleiben effektiv noch 4 Sechspfünder-Batterien. Das Material der bisherigen Sechspfünder-Batterien dürfen die Kantone nicht veräußern. — Der Bericht des Divisions-Arztes beim letzten Truppenzusammenzug, Dr. Berry, enthält folgende Stelle: „Die Stärke der Truppen, zu 3400 Mann gerechnet, ergibt sich vom 10. bis 25. August eine durchschnittliche tägliche Krankenzahl von 6 1/2 Mann oder etwas über 1/2 Prozent per Tag. Wenn man nun bedenkt, daß acht Gebirgspässe: Klausen, Schöneck, Surenen, Susten, Gemmi, Furka, Gotthard und Rufenen von den Truppen überschritten wurden, daß die Märsche durch das Neuchâtel und einen Theil von Wallis bei durchschnittlich tropischer Hitze (20—30 Grad Réaumur) ausgeführt wurden, daß andererseits im Urserthal nach dem Orkan vom 17. August am folgenden Morgen in der Frühe der Thermometer nahezu beim Gefrierpunkte stand, daß in St. Ulrichen und Münster die Truppen nach 12 bis 14stündigen Märschen auf durchnaßtem Boden, bei kühler Witterung bivouakiren mußten, daß ungeachtet forcirter Märsche und mitunter größten Temperaturwechsels 11 Bivouaks bezogen wurden, so liefert das angeführte Krankheitsverhältniß den schlagendsten Beweis, daß hinsichtlich physischer Feldtüchtigkeit und Dauerhaftigkeit die Schweizer-Soldaten unbedingt neben die abgehärteten französischen Truppentheile gesetzt werden dürfen, daß sie somit in dieser Beziehung auf der ersten Rangstufe der europäischen Armeen stehen.“

Italien.

Turin, 5. Jan. [Tagesbericht.] Das Dekret, welches die Statthalterchaft von Sizilien vom 1. Februar an aufhebt, ist heute unterzeichnet worden. — Der Prinz und die Prinzessin von Capua sind in Begleitung des Herrn v. Bellegarde vor einigen Tagen in Turin eingetroffen und vom Könige Viktor Emanuel und von der königlichen Familie mit lebhafter Theilnahme aufgenommen worden. Der Prinz von Capua, geb. am 10. Okt. 1811 ist Oheim des Königs Franz II. und vermählt mit der Tochter des Zrländers Grice Smith von Bellinatra. — Der „Trief. Ztg.“ zufolge hat die Regierung eine technische Kommission nach Genua gesendet, um die Verwendbarkeit der Werften von Sampierdarena für den Bau von Kriegsfahrzeugen zu prüfen. In Folge des Gutachtens dieser Kommission werden nun auf diesen Werften 8 Kriegsfahrzeuge gebaut werden. Zwanzig See-Ingenieure sind von Genua nach Spezia geschickt worden, um bei den dort projektirten Hafenanbauten verwendet zu werden. — Garibaldi wird am 11. Januar in Turin eintreffen, um der Eröffnung des National-Schießens beizuwohnen. Die erste Versammlung findet im königlichen Palaste unter Vorsitz des Prinzen von Piemont und der drei Vizipräsidenten, der Generale Garibaldi, Cialdini und d'Angrognia statt. Nach dieser Eröffnungssitzung kehrt Garibaldi nach Caprera, Cialdini nach Bologna zurück, während d'Angrognia und der Senator Plezza das Scheibenschießen leiten. — Die Nationalbank hat die Münzprägung in allen Münzen des Staates in Pacht genommen. — Aus Florenz meldet die „Trief. Ztg.“: „Der hiesige Divisionsgeneral hatte an den Erzbischof von Florenz einen artigen Brief geschrieben, worin er um die Ermächtigung bat, mehrere Klöster zu besichtigen, um jene ausfindig zu machen, welche sich zur Unterbringung von Neutruen eignen. Dieser Brief blieb unbeantwortet und der Erzbischof gab erst auf einen zweiten zur Antwort, daß eine solche Ermächtigung nur von der höhern Kirchenbehörde abhänge. Der General hat nun eine Kommission von Oberoffizieren eingesetzt, die bereits mehrere Klöster in Augenschein nahm.“ — Der Besuch hat am 28. Dez. bis spät in die Nacht die Straßen der Hauptstadt mit seiner Asche bestreut. Es war empfindlich kalt, der Himmel jedoch heiter und der Feuerberg selbst verhielt sich sonst ruhig. — Die Regierung hat der Stadt Neapel jenen Theil des Castells Nuovo abgetreten, welcher auf der Seite des Largo Castello und der Wolofstraße liegt. Die Demolirung begann am 2. Januar. — In Mendinara wurde der Brigantführer Daniele Cicchinelli, welcher der Schrecken von Civitella rovetto war, erschossen. — Aus der Basilicata meldet man von kleinen Zusammenstößen zwischen Truppen und Briganti; letztere ergreifen überall die Flucht. Von Eboli berichtet man, daß die Briganti, welche die Umgegend von Talo unsicher machen, geschlagen wurden und 6 Tode und 17 Gefangene verloren. Von Nola meldet man, daß in der verflossenen Woche mehr als 60 Briganti der Bande des Cipriano la Gala sich stellten.

[Ricasoli und die geheimen Gesellschaften.] Der „Allg. Ztg.“ schreibt man aus Mailand: Ricasoli hat unterm 20. November ein Zirkular an die Präfekten gerichtet, worin er sie einladet, die geheimen Komitès zu überwachen, da, wenn schon jene Komitès ein Werk mutigen Patriotismus ausübten, als sie gegen den Papst und gegen die legitimen Regierungen konspirirten, gegenwärtig sich dieselben der Felonie und des Verraths schuldig machen, wenn sie gegen das Kabinet Ricasoli konspiriren würden. Er schließt dieses Rundschreiben mit den Worten: „Um diese Bewachung nach Pflicht und Schuldigkeit auszuüben, verlange ich von den Präfekten die thätigste Mitwirkung; ich empfehle denselben, unablässige und thätige Nachforschungen in den betreffenden Provinzen zu machen, um jede Art von Vorbereitungen, die auf Neuerungen hinarbeiten, zu entdecken. Zu diesem Zweck sind die Präfekten angewiesen, sich jener Maaßregeln zu bedienen, welche die Dringlichkeit der Sache fordert, und zugleich den Unterzeichneten (Ricasoli) entweder brieflich oder auf telegraphischem Wege, je nach der Wichtigkeit, von Allem zu unterrichten.“ Wie man sieht, verfolgt jetzt Ricasoli die geheimen Gesellschaften, die ihn doch seiner Zeit in die Höhe brachten und das Königreich „Stalien“ schufen.

Genua, 3. Januar. [Besorgnisse.] Aus Neapel erhalten wir die beruhigende Nachricht, daß General Lamarmora bei Ricasoli darum eingekommen sei, den Belagerungszustand über Neapel verhängen zu dürfen, da er sonst für nichts einzustehen vermöge, indem er alle Ursache habe, ein Pronunziamento der Nationalgarde gegen das Ministerium zu fürchten, was offenbar im Werke sei. — Auf Sicilien steht es nicht sehr gut aus. In Monreale hat man schon wieder eine bourbonistische Verschwörung entdeckt, die von dem unter den Bourbonen nach 1848 so berühmten gewordenen Micelli (der die Reaktion im Jahre 1849 hauptsächlich leitete) angestiftet worden war. Man hat viele Verhaftungen in Monreale vorgenommen, doch scheint das Reg. der Verschwörung weiter zu reichen. Sehr löblich ist es, daß die sicilianischen Patrioten überall Vereine bilden, die es sich zur Aufgabe machen, die Familien zu unterstützen, welche durch die Konstriktion nöthige Arbeitskräfte verloren haben. Es wird dies wesentlich zur Beruhigung der über die Konstriktion sehr verstimmten Landleute beitragen. (D. A. Z.)

Spanien.

Madrid, 6. Januar. [Teleg.] Die Regierung hat beschlossen, dem Schiff „Sumter“ unter der Bedingung die Einfahrt in den Hafen von Cadix zu gestatten, daß die Gefangenen unter den Schutz Spaniens und des amerikanischen Konsuls gestellt würden und das Schiff dann sofort den Hafen wieder verlasse. — Das Bankhaus D'Shea hat seine Zahlungen eingestellt.

Portugal.

Lissabon, 29. Dez. [Die Unruhen.] Dem „Sun“ werden über die Volksumulte in Lissabon noch folgende Einzelheiten berichtet: „Nach dem Tode des Prinzen Dom Joao unterblieben, wegen der aufgeregten Volksstimmung, die sonst üblichen Trauerschüsse vom Kastell. Am 28. wurde die vorläufig in der Klosterkirche der Hieronymiter beigesetzte Leiche in Beisein des Richters Vasconcellos, des Kronraths Sequeiro Pinto und 27 anderer Personen geöffnet und sorgsam untersucht; aber man fand nur die beim Tod an Typhus gewöhnlichen Erscheinungen und keine Spur von Gift. Die Befanntmachung dieses Ergebnisses trug etwas zur Beruhigung des Volkes bei. Inzwischen am Christtag wiederholten sich die Unruhen; auf dem großen Platz wurde, durch die „patriotische Gesellschaft“ veranlaßt, eine große Versammlung gehalten und von Seiten der Municipalität wurde dem König Dom Luiz eine Bittschrift überreicht: er möge mit seinem Vater Dom Fernando den Palast Recejidades verlassen und nach dem von Sachias übersiedeln, welcher ungefähr sechs englische Meilen von der Hauptstadt, an der Bai, innerhalb der Tajo-Barre, liegt. Dom Luiz und Dom Fernando sind glücklicherweise bei guter Gesundheit, wiewohl natürlich in großer Betrübniß, und bevor sie den Palast verlassen, erschienen sie auf dem Balkon, um der Volksmenge zu danken, welche sie mit enthusiastischem Zuruf begrüßte. Allein, sobald sich Hölle an den Fenstern zeigte, erscholl auch wieder der Ruf: „Tod den Ostmördern!“ Das Volk in seinem Argwohn verlangt, daß der König aller seiner jetzigen Minister, Hofleute und Hofbedienten sich entziehe, seine ganze Umgebung wechsele. Der Graf da Ponte wurde beim Herausretreten aus dem Palast mißhandelt und würde wahrscheinlich getödtet worden sein, wenn ihm nicht die Municipalgarde zu Hilfe gekommen wäre. Am dieselbe Abendstunde griff ein anderer Haufe das Ministerialgebäude an, wo eben die meisten Minister anwesend waren, und es wurde ihnen übel ergangen sein, wenn sie nicht durch ein Hinterfenster in das Arsenal entwichen wären, von wo sie in das Marinequartier, in der Nähe des Palastes, entkamen, wo sie die Nacht zubrachten. Dem Marquis von Boulé und dem Grafen Thomar wurden die Fenster eingeworfen. Mittlerweile hatte das Militär die Straßen und Plätze gesäubert und viele Verhaftungen vorgenommen. Die Cortes haben sich eiligst konstituirte.“

Rußland und Polen.

Helsingfors, 26. Dez. [Unruhe n.] Am 23. d. Abends fanden hier Straßenaufläufe statt. Die Menge lief singend und schreiend durch die Stadt, und zwar, wie man sagt, aufgeregt durch Personen aus den gebildeteren Ständen, die damit Demonstrationen machen wollten, welche übrigens von der öffentlichen Meinung nicht gebilligt wurden. Es sind Maßregeln getroffen, daß die Unordnungen sich nicht wiederholen.

Helsingfors, 28. Dez. [Aenderung der Zensur.] Der kaiserliche Senat hat gestern im Auftrage des Kaisers eine kaiserliche Bekanntmachung veröffentlicht, welche theils die Aufhebung, theils die Abänderung gewisser früher herausgekommenen Vorschriften in Betreff der Zensur in Finnland in sich begreift. Im Zusammenhange mit dieser Verordnung ist eine Kommission zur Prüfung der bisherigen Zensur-Gesetzgebung und zur Erreichung von Vorschlägen in Betreff etwaiger Modifizirung derselben niedergesetzt worden.

Asien.

Kalkutta, 3. Dez. [Lord Canning; die Baumwollfrage; Steuerbefreiung.] In Folge des Ablebens seiner Gemahlin hat Lord Canning beschlossen, frühmöglichst die Rückreise nach England anzutreten und wird sich ohne Zweifel noch vor Ende dieses Monats dahin einschiffen. Der Nachfolger Lord Canning's, Lord Elgin, ist nicht vor Ende Februar hier zu erwarten; in der Zwischenzeit leitet Sir Bartle Frere, als Präsident des ostindischen Rathes, die Regierung. — Was die Baumwollfrage anbetrifft, so überzeugt man sich immer mehr davon, daß die englischen Fabrikanten Anstalten treffen müssen, ihre Maschinen so zu ändern, wie es für den Stapel der in Ostindien produzierten Baumwolle erforderlich ist. Geschieht dies, so können die Fabrikanten darauf rechnen, mit jeder beliebigen Quantität Baumwolle von Ostindien aus versorgt zu werden, und es bleibt dabei keineswegs ausgeschlossen, daß nicht später durch sorgfältigere Kultur und Behandlung der Baumwolle der ostindische Stapel sich dem amerikanischen mehr nähern werde. Der General-Gouverneur hat dem

Maharadscha von Gwalior und dem Holkar Befreiung von der Einkommensteuer für ihre auf britischem Gebiete belegenen Besitzungen bewilligt und jedem von ihnen gestattet, ein Kontingent von 6000 Reitern zu halten. (B. G.)

Amerika.

Newyork, 21. Dez. [Aus dem Kongreß; vom Port Royal; Blokade; aus Fort Pickens und Monroe.] Beide Häuser des Kongresses haben gestern Sitzung gehalten. Im Senat wurde der Beschluß über die Bewilligung einer Entschädigung von 1000 Doll. für das widerrechtlich aufgebrauchte Schiff „Perthshire“ vorläufig vertagt und die Bill wegen Aufhebung des obersten Gerichtshofes auf den Antrag des Justizauschusses von der Tagesordnung gestrichen. — Im Repräsentantenhause wurde ein Bill wegen Bewilligung von 150,000 Doll. zur Verstärkung der Festungswerke von Washington angenommen. Dem Militärausschuß wurde durch Beschluß des Hauses aufgetragen, eine Bill wegen Einlegung jüdischer Militärkaplane einzubringen. Die Beschlüsse der Legislatur von Kentucky wegen Geldbewilligung zur Abhülfe des in Irland herrschenden Mangels wurden an den Ausschuß für die auswärtigen Angelegenheiten verwiesen. Herr Julian von Indiana brachte eine Resolution des Inhalts, daß der Justizauschuß beauftragt werde, eine Bill zu beantragen, der gemäß das Gesetz wegen Auslieferung fremder Sklaven (das berühmte Fugitive Slave Law von 1850) nur dann zur Anwendung gebracht werden solle, wenn der Herr der Sklaven sich als loyaler Bürger der Union ausweise. In dieser Fassung wurde die Resolution nach einiger Debatte mit 78 gegen 39 Stimmen verworfen, mit derselben Stimmzahl aber darauf angenommen, nachdem sie dahin emendirt worden war, daß die einzubringende Bill nur auf Bürger der ausgeschiedenen Staaten Anwendung finden sollte. Mit einer Mehrheit von nur zwei Stimmen wurde eine Resolution des Hrn. Lovejoy von Illinois durch Uebergang zur Tagesordnung beseitigt, der gemäß alles Eigenthum von Rebellen und ihren Helfershelfern konfisziert und ihre Sklaven unbedingt freigegeben werden sollten. Ueber einen Antrag des Herrn Wilson aus Iowa, den Kriegsartikeln einen Zusatz zu geben, demgemäß verboten wird, Soldaten zum Einfangen von Sklaven zu verwenden, kam das Haus nicht zum Beschlusse, verlagte sich vielmehr vor Beendigung der Debatte.

Gestern ist dem Kongresse eine Botschaft des Präsidenten übergeben worden, welche die Bewilligung der erforderlichen Kosten für die Londoner Ausstellung beantragt. — Aus einer dem Kongresse vorgelegten Korrespondenz des Herrn Seward mit dem Gouverneur von Maine geht hervor, daß die Föderalregierung zwar die Absicht hat, die mehrerwähnten Festungswerke zur Deckung der Häfen, Flüsse und Seen zunächst für Rechnung der betreffenden Staaten durch Ingenieure des Bundes ausführen zu lassen, daß aber die Aussicht eröffnet bleiben soll, die Kosten dieser Anlagen, so weit sie allgemeinen Zwecken des Bundes dienen, seiner Zeit durch Kongreßbeschluß der Staaten ersetzt zu sehen. — Der „New Bedford Standard“ theilt einen Brief über die Stein- oder sogenannte Nagelochflotte aus Port Royal Roads vom 11. Dezember mit, aus welchem hervorgeht, daß das letzte dieser zur Versenkung vor den südlichen Häfen bestimmten Schiffe am 11. dort angekommen war und daß bereits drei der Schiffe bei Savannah versenkt waren. Die aus New Bedford gekommenen Schiffe sollten dem Vernehmen nach vor Charleston versenkt werden. Zwischen dem die Eskadre bei Port Royal kommandirenden Kommodore Dupont und dem General Sherman sollen Mißhelligkeiten ausgebrochen sein, welche ihren Grund darin haben, daß jener vordringen, dieser zurückhaltend verfahren möchte. Nach späteren bis zum 17. reichenden Berichten aus Port Royal, welche der „Atlantic“ (der 150,000 Pfd. Baumwolle am Bord hat) nach Newyork brachte und die Ansammlung von noch 400,000 Pfd. zur Verschiffung meldet, ist die nach dem Süden bestimmte Expedition des Generals Viele für jetzt aufgegeben worden, da man die Schiffe und Truppen bei Port Royal zweckmäßiger zu verwenden glaubt. Daß etwas im Werke, schließt man aus der vom General Sherman verfügten Ausweisung aller Zeitungs-Berichtersteller aus dem Lager. Die Frage, was mit den Regern geschehen soll, drängt sich immer mehr auf. — Von dem Blokadegeschwader im Mississippi hat der „Boston Traveller“ Nachrichten bis zum 1. Dezbr. erhalten. Die Blokade von New-Orleans ist wieder ganz effektiv, und es ist eine englische Bark mit einer Kasseeladung im Werthe von 100,000 Doll. von dem „Vincennes“ aufgebracht worden. — Privatbriefe aus Fort Pickens melden, daß die Konföderirten während des letzten Bombardements 600 Hohlflugeln in das Fort geworfen haben, von denen indeß nur 9 explodirten. Sie waren sämmtlich von englischer Fabrik. — In Fort Monroe sind neuere Nachrichten aus dem Süden und Westen eingegangen. Der „Charleston Mercury“ vom 13. Dezember meldet, daß die Bundesstruppen 5000 Mann stark Beaufort besetzt, eine mit 12 12pfündigen Parrott-Kanonen armirte Verschanzung bei Port Royal Ferry aufgeworfen haben und sich auf der Insel außerdem noch verschanzen. Aus Memphis wird gemeldet, daß die Konföderirten Galveston in Texas geräumt haben.

Merito. — [Aufhebung der Zahlungs-Suspension.] Die „G. B. H.“ meldet nach Berichten aus Vera-Cruz vom 1. Dezember, daß der mexikanische Kongreß das am 17. Juli erlassene Dekret wegen der Suspension der Zahlungen der Regierung wieder aufgehoben habe. Hiermit würde also der eigentliche Grund zu der spanisch-französisch-englischen Expedition behoben sein.

Militärzeitung.

[Zur Geschichte der Gendarmerie.] In Veranlassung des auf dieses Jahr fallenden fünfzigjährigen Jubiläums der preussischen Gendarmerie enthält der „Soldatenfreund“ in seinem letzten Hefte eine Geschichte der Gendarmerie, wie dieselbe von ihrer anfänglichen Bestimmung als Kern der französischen stehenden Heeresmacht allmählig zu ihrer heutigen Bedeutung sich umgewandelt und, wieder von Frankreich aus, auf die meisten Staaten des europäischen Kontinents übertragen hat. Diese geschichtliche Ausführung bietet in der That soviel Interessantes, daß wenigstens die Hauptzüge derselben hier mit angeführt werden mögen. Erriethen wurden die ersten Gendarmen-Kompagnien um das Jahr 1432 von König Karl VII. von Frankreich und ihre Bedeutung war eine ausschließlich kriegerische mit der Nebenbezeichnung als eigentlich bleibende oder stehende königliche Kriegsmacht. Nach vor Beendigung der durch das Auftreten der Sungtrau von Orleans ausgezeuhten Kriege des genannten Königs war die Zahl dieser Kompagnien bereits bis auf 15 gestiegen, von welchen jede aus 100 Lanzen und die wieder aus je einen schwarzharnischen Ritter, wie zu demselben gehörig, noch einen Pagen, einen Knappen und drei Bogenschützen bestand. Alle diese Mannschaften waren beritten und dienten den

Schützen als leichte Kavallerie, während der Pagen und Knappen, ähnlich wie ihr Ritter gerüstet und bewaffnet, diesen unmittelbar in die Schlacht begleiteten, und für den Fall seines Todes oder seiner Verwundung in dessen Stelle eintraten. Alle Gendarmen waren Gelleute und ebenso auch die Pagen, welche aus dieser Stellung zu Gendarmen aufstiegen. Ein Kapitän, ein Lieutenant, ein Fähnrich befanden sich als Offiziere an der Spitze jeder Kompagnie und zwei Guiden nahmen die Stellen des heutigen Wacht- und Quartiermeisters ein. Der Sold jedes Gendarmen war monatlich auf 10 Livres 10 Sous für den eigentlichen Gendarmen, 9 Livres für jeden Bogenschützen und je 5 für den Pagen und Knappen, dazu die Lebensmittel und die Bourrage für Mann und Roß bemessen, wofür die Ausrüstung und das Berittmachen aber dem Reiter selbst oblag. Bei Tormigny 1434 begründeten die Gendarmen ihren nachherigen Schlachtenruhm. 3 Kompagnien derselben stützten sich hier auf einen vor Thomas Kyriell geführten englischen Heerhaufen von 4000 Mann und besiegten den ihnen so sehr überlegenen Feind bis zu dessen völliger Vernichtung. Diese Kriegsthat ward für so bedeutungsvoll erachtet, daß sie durch ganz Frankreich mit Processionen der Schulkinder gefeiert wurde. Nach Karl VII. wurden die Gendarmenkompagnien von dessen Nachfolger in der Anzahl vermehrt, dagegen in ihrem Bestande erst auf 50, nachher sogar auf 25 Lanzen vermindert. Nur die königlichen Prinzen und die Herren des höchsten Adels besaßen schließlich eine Auslicht auf die Inhaberschaft dieser Kompagnien. In dieser Organisation sochten 1492 die Gendarmen bei Pontremoli, wo sie Wunder der Tapferkeit verrichteten und das französische Heer vor dem anscheinend unvermeidlichen Verderben retteten, wie 1497 bei Agnadel, wo sie mit ihrem unwiderstehlichen Anlauf 15,000 Feinde niederwarfen und 36 Kanonen eroberten. Von 1500 etwa an kamen bei den Gendarmen gleichförmige Waffenröcke und Rüstungen in Aufnahme, und unterschieden sich nach den ersten der Kompagnien in eine weiße, rothe, blaue, gestreifte. Auch wurden unter Franz I. die Kompagnien wieder bis auf 32 und 38 Lanzen verstärkt. Wenn die Gendarmen übrigens bis dahin in Linie die Geharnischten neben einander angegriffen hatten, so nahmen sie von hier ab die Formation mit gleichen Rollen in die Breite und Tiefe oder eine Art Quarrformation an, wie sie von den deutschen Landsknechten ausgehend, damals allgemein üblich wurde. So sochten sie acht Glieder hoch bei Pavia, wo kaum 60 Mann von 3200 dem Tode oder der Gefangenschaft entrannen, so in gleicher Weise zu Ausgang desselben Jahrhunderts mit nicht geringerer Unglücke, aber ungeschwächtem Ruhme bei St. Quentin. Die Bogenschützen hatten sich bis dahin schon lange in berittene Büchschützen umgewandelt, unter Heinrich IV. aber machten auch bei den Gendarmen selbst die Länge der Feuerwaffe Platz, wie gleichzeitig auch die volle Wirkung sich allmählig auf den einfachen Kürass reduzirte. Zu Anfang der Regierung Ludwigs des XIV. wurden aus Erparungsgründen die Gendarmen-Kompagnien bis auf 4 aufgelöst, welche die Schottische, Burgundische, Flandrische und Westfälische hießen und zu den vornehmsten französischen Leibwachen zählten. Die 1. Kompagnie durfte dabei bis 1667, als von der alten schottisch-französischen Leibwache abstammend, nur von einem geborenen Schotten, natürlich vom höchsten schottischen Adel, befehligt werden. Später unter der Regierung dieses Königs wuchsen die Gendarmen wieder bis 16 Kompagnien an. Die Uniform derselben war roth mit Silberstickerei, dazu Stahlkürasse und große Tressenbüte. Bei allen kriegerischen Gelegenheiten wuchsen die französischen Gendarmen ihren altbegründeten Ruf als erste Kavallerie der Welt zu behaupten. Zu Anfang der Revolutionen waren noch 12 solcher Kompagnien vorhanden. Um die Abneigung der französischen Nation gegen diese alttäglichen und übermüthigen Elitetruppen aber so recht entschieden darzulegen, wurden schon unter der detretirenden Verammlung diese Kompagnien nicht nur aufgelöst, sondern die Benennung Gendarmen fernerhin auch den Polizeidienern und Sicherheitswächtern beigelegt. 1791 wurden zum Sicherheitsdienste in Frankreich 28 Gendarmen-Brigaden errichtet. Napoleon fügte hierzu 1806 für den Sicherheitsdienst im Heere noch 4 Kompagnien Gendarmes d'ordonnance. Das Jahr darauf kamen dazu als seine eigentliche Leibwache noch 2 Eskadrons von 456 Mann Gendarmes d'élite. 1808 fernerhin eine Gendarmen-Legion, dabei auch eine Eskadron Lanzen-Gendarmen für den Krieg in Spanien. Schon mit diesem Jahre ging dieleibe Einrichtung auch auf die übrigen mitteleuropäischen Länder über, und zwar fand in Deutschland diese Nachahmung zunächst Seitens des neugegründeten Königreichs Westfalen statt. Preußen nahm diese neuen Sicherheitswächter, wie Eingang schon erwähnt 1812 an, die Armee-Gendarmen sind dagegen erst 1822 und 23 errichtet worden.

Provinzielles.

Neustadt b. P., 8. Jan. [Nachwahl.] In Folge der Ablehnung des für die Kreise But und Kosten als Abgeordneter gewählten Grafen v. Zoltowski auf Czacz fand gestern in Grätz eine Nachwahl statt. Es konnte keinem Zweifel unterliegen, daß auch dieses Mal die Polen den Sieg davon tragen würden, und so war denn auch nicht ein einziger Wahlmann erschienen, der der deutschen Partei angehörte. (Wir können das doch durchaus nicht billigen. D. Ned.) Die 258 erschienenen Wahlmänner gehörten der polnischen Nationalität an, oder waren doch deren Befinnungsgenossen, so daß nur der Wahlkommissar allein der deutschen Sache angehörte. Die Polen waren in ihrer alten guten Disziplin fast sämmtlich erschienen, und stimmten wie aus einem Munde für den Kreisrichter Lisowski in Strassburg in Westpreußen. Die Wahl verlief in größter Ruhe und fand wiederum nach derselben ein allgemeines großes Diner statt, an welchem der Bauer mit dem Edelmann, Ersterer natürlich auf Kosten des Letzteren, theilnahm.

Neustadt b. P., 8. Jan. [Wohltätigkeit; Hopfen; Wege.] Heute fand die Vertheilung von warmen Kleidungsstücken an die irrealitische arme Schuljugend statt. Kaufmann Hermann Wolfsohn hatte sich derselben unterzogen, und da der vom Wohltätigkeitskonzert des hiesigen Singvereins überwiesene Beitrag nicht ausreichte, um 20 Kinder mit Winterkleidung zu versehen, so hatte dessen Gattin einen Zusatz gemacht, um das Lebenswerk möglichst vollständig ausführen zu können. — Auf Antrag des Korporationsvorstandes haben die Repräsentanten in ihrer gestrigen Sitzung beschlossen, 30 Thlr. aus dem Kultusfond behufs Holzbeschaffung für die hiesigen jüdischen Armen zu verwenden. — Seit einigen Tagen ist es im Hopfengeschäft wieder lebhafter geworden. Anfangs dieser Woche wurden in hiesiger Gegend 13 Ztr. Mittelwaare mit 18 Thlr. pro Ztr. verkauft, für welche Käufer sofort 23 Thlr. pro Ztr. erzielten. Täglich sieht man Hopfenentransporte hier durch zur Bahn nach Samter passiren, und würden die Abladungen noch größer sein, wenn die Wege nicht so schlecht wären. Auf undaufrichteten Landstraßen ist es des angefallenen Schnees wegen fast gar nicht durchzulommen.

Schneidemühl, 7. Januar. [Vorschussverein; ein guter Rath.] Vorgestern hat die am Jahreschlusse abgehaltenen Generalversammlung des Vorschussvereins stattgefunden. Aus dem Rechenschaftsbericht des Vorschussvereins ist zu erwähnen, daß alle Vorschüsse rechtzeitig zurückgezahlt oder prolongirt worden sind. Auch die Monatsbeiträge sind bis auf einen Thaler und einige Silbergroschen pünktlich gezahlt worden. Es hat ein Umlauf von 1300 Thln. stattgefunden, und zwar in nicht ganz acht Monaten seit dem Bestehen des Vereins. Das Aktivvermögen beträgt ca. 600 Thlr., davon gehören theils dem Reservefonds des Vereins, theils den Theilnehmern als Einlagen 347 Thlr. und als Anleihen von Privaten und Sparkasseneinlagen anderen Personen 253 Thlr. Ein Zinsgewinn von ca. 43 Thlr. ist erzielt, von welchem die ersten Einrichtungskosten 3c. und das Honorar des Mandanten gedeckt sind, und noch ein Ueberfluß von 3 Thlr. 4 Gr. 6 Pf. erzielt wurde, der, weil in diesem Jahre Dividenden nicht zu vertheilen waren, dem Reservefonds zugeföhrt ist. Der Verein ist dem Zentralverein beigetreten und hat den alten Ausschuß, mit Ausnahme eines Mitgliedes, welches dankte, wieder gewählt. Bemerkenswerth ist noch, daß neuerdings mehrere Beamte sich dem Vereine wegen seiner gemeinnütziger Wirksamkeit angeschlossen haben; der Verein ist überhaupt bis über 130 Mitglieder gestiegen. Die königl. Regierung hatte vor Monaten schon die Schließung der Sparkasse des Vereins durch den Magistrat angeordnet, welcher letztere der Regierung das Statut eingereicht hatte. Dagegen ist reklamirt und angezeigt, daß die Sparkasse fortgesetzt würde, was auch geschehen ist. — Es zeigt sich hier geringe Theilnahme der Bewohner an der städtischen Verwaltung. Von Zuhörern bei den öffentlichen Stadtverordneten-Sitzungen ist keine Rede. (Auch bei uns nicht. D. Ned.) Es wäre sehr zu wünschen, daß die Bewohner diese Sitzungen mehr besuchten, um einestheils selbst Kenntniß von ihrer städtischen Verwaltung zu erhalten, dann aber auch festzustellen, ob alle jetzigen Stadtverordneten wohl die geeigneten Persönlichkeiten (Fortsetzung in der Beilage.)

hab. Diese Wahrnehmungen würden bei einer künftigen Stadtverordnetenwahl dann wohl maßgebend sein, wenn auch dabei natürlich eine stärkere Beteiligung, als bis jetzt, hervorträte. Nur dadurch kann sich die Bevölkerung als reif zur Selbstverwaltung zeigen und solche mit Recht verlangen, während man aus der jeweiligen Theilnahmlosigkeit schließen würde, daß Missethäter vorhanden sei. (Br. 3.)

Vermischtes.

* Die Einrichtungen der Sandheizungen in den Eisenbahnwaggons 1. und 2. Klasse bewähren sich als praktisch und werden mehr und mehr in den Waggons, wo solche noch fehlen, angebracht. Öffentlich wird man auch alsbald dazu gelangen, für solche Passagiere, deren Güter nicht der Art sind, um in Postkisten eine Reise auf der Eisenbahn machen zu können, sondern sich mit dem harten Holz als Sitzstühlen, oder gar mit einem Stehplatz begnügen müssen, wenigstens für ihre Erwärmung während einer Fahrt im Winter zu sorgen und auch die Waggons 3. und 4. Klasse mit Heizapparaten versehen lassen.

* Trient, 30. Dez. Der große Banknotenfälscher-Prozess, in welchem 18 Individuen verwickelt waren und welcher beinahe ein volles Jahr in Anspruch nahm, ist durch das hiesige Kreisgericht beendet. Die Verzögerung des Abflusses der Untersuchung wurde insbesondere dadurch herbeigeführt, daß die Hauptverhandlungen zum Theil auf fremdem Gebiet, in Sardinien gemacht werden mußten. Die Zahl der in diesen Prozess verflochtenen Individuen beläuft sich im Ganzen auf über 30. Ein Theil, nämlich die im Piemontesischen Aufgehängenen, wurde von der sardinischen Behörde verbannt; einige Individuen sind flüchtig und einige wurden aus Mangel an näheren Verdachtsgründen entlassen. Es wurden daher nur 18 in Anklagestand versetzt, und zwar wegen Mitschuld am Verbrechen der Banknotenfälschung oder wegen Betrug durch Herausgabe von falschen 100 Fl. Noten. Von den 10 Fl. Noten, zu deren Verfertigung die Instrumente in Parma gefunden wurden, sind keine veräußert worden. Die Schlussverhandlung, welche der Landesgerichtsrath Riumi (als Staatsanwalt fungirte v. Ziller) leitete, begann am 11. November und endigte am 22. Das Urtheil wurde am 29. November publizirt. Von den 18 wurden 2 ab instantia freigesprochen, 16 aber verurtheilt. Von den ungefähr achthundert Stück falschen Hundertguldennoten waren nur 20 ausgegeben, alle wurden jedoch von den Behörden aufgefunden. Das Verbrechen ist beinahe gleichzeitig an zwei Orten entdeckt worden, und zwar in Desenzano durch piemontesische Gendarmen, welche einer politischen Verschwörung auf der Spur zu sein glaubten, und in Trient, wo eine falsche 100 Fl. Note von einem Mitschuldigen zur Verwechslung angeboten wurde. Der entschlossene Kaufmann, dem die Note zur Auswechslung angetragen wurde, packte nämlich den Besitzer und lieferte ihn der Polizei ein, welche nun alle ihre Kräfte

in Bewegung setzte und auch glücklich in wenigen Tagen alle Hauptbetheiligten abfing. In der Ueberrückung und Betroffenheit machten dieselben Geständnisse, nannten die übrigen Mitschuldigen, und so waren bald alle Fäden und Verzweigungen der Bande aufgedeckt. Die Banknotenfälscher sind alle Welschtiroler, größtentheils aus dem Nonserberge.

* Die „Humaner Zeitung“ bringt eine philologische Abhandlung über die deutsche Sprache, welche mit folgender Betrachtung schließt: „Die Leute an der Elbe und Oder, welche bombenfesten Kinntacken haben, können ungestraft die Sprache reden, aber wir zarten Sproßlinge des Sapphischen Stammes können unsere Zunge nicht für so schwierige Evolutionen brechen und Gefahr laufen, indem unsere Zähne ins Gesicht zu spucken.“ (!)

* Weimar, 7. Jan. Gestern früh 8 Uhr fand im Hofe des hiesigen Zuchtthaues die Vollstreckung des Todesurtheils mittels Fallbeils an dem Mörder des Prof. Wachter in Sena, Rodez aus Lobeda statt.

* London, 5. Jan. Aus Leeds wird über eine chirurgische Operation Bericht abgestattet, die in medizinischen Kreisen Aufsehen erregt. Chirurgus Kuneley daselbst hat nämlich einem im besten Mannesalter stehenden Patienten seine mit dem Krebs behaftete Zunge vollständig extirpirt. Diese gefährliche Operation hat mehrere Tage in Anspruch genommen und ist vollkommen gelungen. Der Patient ist ohne Beschwerde und mit gutem Appetit; was aber auffallender ist, er spricht ziemlich deutlich, wenn auch langsam, nur die Aussprache der Buchstaben k, g, z und t macht ihm kaum zu überwindende Schwierigkeiten.

* Alderman Humphry, der als Friedensrichter in der Guildhall zu London Recht spricht, eröffnete unlängst die Sitzung damit, daß er die anwesenden Zeitungs-Berichterstatter auf den astrologischen Kalender Zadkiels aufmerksam machte. Sie sollten nicht verfehlen, dem Publikum mitzutheilen, daß Zadkiel alles Unglück des Jahres 1861 — bis auf Prinz Alberts Tod — richtig vorausgesagt habe!!!

* In Ingolstadt hat die katholische Kirchengemeinde dem aus der Reformationgeschichte bekannten Dr. Cä, der in der dortigen Liebfrauenkirche begraben liegt ein Monument errichtet. Dasselbe besteht aus einem im gothischen Style in Stein ausgeführten, bis zu einer Höhe von 40 Fuß sich erhebenden Sakramentstürmchen.

* Am 28. Dezember veröffentlichte das Generalvikariat die Bevölkerungsstatistik der ewigen Stadt für das Jahr 1861. Folgende Angaben daraus sind bemerkenswerth: Rom zählt 40 Bischöfe, 1385 Weltpriester, 2474 Ordensgeistliche, 1657 Seminaristen und Kollegiaten, 2032 Nonnen, 2613 weibliche Zöglinge in Konservatorien und Klöstern, 283 Katholiken, 4226 Juden, Gesamtbevölkerung 194,587 (im vorigen Jahre 184,049).

Angekommene Fremde.

Vom 8. Januar.
HOTEL DE PARIS. Die Gutsbesitzer Guld aus Zbegg, Koloff aus Bielawy, Lichtwald aus Bednary, Markiewicz aus Niemczyn, Sypniewski aus Piotrowo und v. Miesiolowski aus Góra, Probst Wypyski aus Kazmierz, Partikular Kwadyski aus Gnesen, Bürger Gronowicz aus Kosten, Inspektor Burghard aus Polskawies, Delonomebeamter Schmidt aus Miszewo und Kaufmann Winzewski aus Weichsen.

EICHENER BORN. Kantor Bischofswerber aus Eissa.
DREI LILLEN. Gutsbesitzer Mehring aus Mehringwalde, Bäckermeister Busche aus Wöngrowitz und Partikular v. Karzewski aus Drajewo.
GOLDENER ADLER. Gutsbesitzer Schurr aus Bierglin, die Wirthe Schuppenhauer Hoppe aus Lenartowice und Rothmann aus Groß-Guttry, die Handelsleute Scheps aus Kunit und Bruner aus Schroda, die Kaufleute Holz aus Schrimm, Perl aus Kunit, Neufeld aus Pudewitz und Fabisch aus Santomysl.
ZUM LAMM. Partikular Biese aus Strumiany.

Vom 9. Januar.
OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Rittergutsbesitzer Caspari aus Dahnitz, die Fabrikanten Walfow aus Magdeburg, Vonhoff und Rentier Mühlberg aus Berlin, Delonome Grunewald aus Znowradaw, die Kaufleute Levy aus Berlin und Mager aus Leipzig, Schneidermeister Koch aus Paris und Gutsbesitzer Ebert aus Halle.

SCHWARZER ADLER. Rittergutsbesitzer v. Radowski aus Bieganowo, Brenner-Techniker Hamilton aus Königsberg und Gasthofsbesitzer Krysiwicz nebst Frau aus Czarnikau.
MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Frau Rittergutsbesitzer v. Kępczyca-Blotkiewa, Lieutenant und Gutsbesitzer Bayer aus Storzewo, Mühlbesitzer Müller aus Schwerin, Beamter Baranowski aus Warchau, Holzlieferant Zendecki aus Königsberg, Holzhändler Schulz aus Stettin, die Kaufleute v. Schlichting, Levin, Becker, Berlin, Ruttner, Rogozinski, Ephraim, Magnus, Hirschfeld, Guichard, Hande, Eppmannssohn und Joachimsthal aus Berlin, Dehlfes und Händel aus Hamburg, Hausmann aus Fürth, Marx und Calmann aus Mainz, Stockhausen aus Frankfurt a. M., Karpe aus Breslau, Grabe aus Chemnitz und Deulich aus Schwerin.

BUSCH'S HOTEL DE ROME. Die Kaufleute Kunze aus Leipzig, Grebe aus Breslau, Reich aus Pforzheim, Meyer aus Berlin und Schulz aus Magdeburg, Fabrikant Möncher aus Hannover, Gutsbesitzer Siebel aus Schlessen und Rittergutsbesitzer Jffland nebst Frau aus Piotrowo.

BAZAR. Die Gutsbesitzer Graf Stecki aus Petersburg, Graf Plater aus Prochy, v. Kozorowski aus Gota, v. Szoldrski aus Diel, v. Lebowski aus Polen und v. Kamienki sen. und jun. aus Russland.
HOTEL DE PARIS. Die Gutsbesitzer Majewski aus Zbitka und Busse aus Karolinowo, Rentier Kutowski aus Breslau, Delan Dydowski aus Riecko, Bürger Ritschenstein aus Kozstzyn und Gutsbesitzer Majewski aus Dohodzy.

HOTEL DE BERLIN. Die Gutsbesitzer Levy aus Ober-Zarkau, Baron v. Keizenheim und Klug aus Rabowice, Lieutenant v. D. Lorenz aus Breslau, Gymnasialrat Kulodziecki aus Groß-Mjen, Delonome-Kommissarius Bariekow aus Samter, Oberförster Seiser aus Weinberg, die Kaufleute Friedmann aus Breslau, Joseph aus Pleischen und Grünberg aus Weichsen.
EICHENER BORN. Handelsfrau Reich und Schmiedemeister Sander aus Gostyn, die Kaufleute Joachimkiewicz und Nagatich aus Zagorowo.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Bekanntmachung.
Ein schwarzer Jagdhund, am Vorderfuß ein weißer Fleck, hat Anfangs Dezember hier sich eingefunden. Der Eigentümer wird aufgefunden, sich zu melden.
Posen, den 8. Januar 1862.

Königl. Polizeipräsident v. Baerensprung.
Nothwendiger Verkauf.
Königliches Kreisgericht zu Krotoschin, I. Abtheilung.

Das dem Hieronimus v. Ryckowski gehörige, im Krotoschiner Kreise belegene Rittergut **Zimnawoda**, nebst dem Vorwerke **Glogulin**, abgetheilt auf 100,068 Zhlr. 29 Sgr. 8 Pf., zufolge der nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzulebenden Karte, soll **am 15. Mai 1862 Vormittags 10 Uhr** an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden. Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenschein nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben ihren Anspruch bei dem Subhastationsgerichte anzumelden.
Der dem Aufenthalte nach unbekannt Besizer Hieronimus v. Ryckowski wird hierzu öffentlich vorgeladen.
Krotoschin, den 22. September 1861.

Proclama.
Bei der Vertheilung der Kaufgelder des in nothwendiger Subhastation verkauften, ehemals dem **Mathias v. Bogdancki** gehörig gewesen Ritterguts **Zatowice**, Plehener Kreises, ist wegen der aus dem gedachten Gute unter Nr. III. Nr. 15 des Hypothekenscheins für die **Elisabeth v. Bogdancka** geborne **v. Sadowsta** aus Grund der gerichtlichen Obligation des **Mathias v. Bogdancki** vom 15. Oktober 1802, zufolge Verfügung vom 27. Sept. 1803, eingetragen gewesene Forderung von 3000 Zhlrn. mit dem auf den Kaufgelderrückstand angewiesenen Betrage von 9029 Zhlr. 17 Sgr. 6 Pf. nebst 5 Prozent Zinsen von 3000 Zhlrn. seit dem 29. Dezember 1859, eine Spezialmasse gebildet worden, indem die angelegenen Rechtsnachfolger der **Elisabeth v. Bogdancka** geb. **v. Sadowsta** sich weder als solche legitimiren, noch das über die gedachte Forderung gebildete Hypothekeninstrument vorlegen konnten. Es werden deshalb alle diejenigen unbekannt Personen, welche als Eigentümer, Erben, Cessionarien, Pfandinhaber oder sonst berechtigte Ansprüche an die Spezialmasse resp. an den angewiesenen Kaufgelderrückstand zu haben vermeinen, aufgefordert, ihre Ansprüche spätestens in dem auf den

20. Juni 1862 Vormittags 10 Uhr angelegten Termine bei dem unterzeichneten Gerichte anzumelden, widrigenfalls sie mit ihren etwaigen Ansprüchen werden präkludirt werden und ihnen deshalb ein ewiges Stillschweigen auferlegt werden wird.
Pleschen, den 15. November 1861.
Königl. Kreisgericht, I. Abtheilung.

Bekanntmachung.
Für die Herbeischaffung der laut Bekanntmachung vom 27. v. Mts. in **Kreuz** gestohlenen Sachen ist eine Prämie von 50 Zhlr. ausgesetzt.
Schneidemühl, den 6. Januar 1862.
Königlicher Staatsanwalt.

Bekanntmachung.
Die Lieferung von 126 Schwachtruben geprengter Feldsteine zum Erweiterungsbau der Krankenanstalt der barmh. Schwestern hieselbst soll auf dem Wege der Submission vergeben werden, und sind darauf Reflektirende hierdurch eingeladen, ihre Offerten versiegelt, mit der Aufschrift:

„Feldstein-Lieferung für den Krankenhau-Bau der barmh. Schwestern zu Posen“
bis zum 25. v. Mts., Morgens 10 Uhr, in der Wohnung des Unterzeichneten, Kanonenplatz Nr. 7, abzugeben, so wie zu diesem Termin bei Eröffnung derselben zugegen zu sein.

Die speziellen Bedingungen zur Uebernahme können täglich während der Vormittagsstunden am oben genannten Orte eingesehen werden.
Posen, den 7. Januar 1862.
Weyer, königl. Baumeister.

Aus den Schutzbezirken **Wilhelmwalde** und **Wonsowo** des königl. Familien-Fideikommiss Forstreviers **Platow**, 2 und 2½ Meile von der Wege entfernt, sollen circa 450 Stück starke Eichen-Rundhölzer und 15 Klaster Eichen-Böttcherholz öffentlich meistbietend gegen gleich baare Bezahlung verkauft werden.
Hierzu ist Termin auf

Freitag den 17. Januar Vormittags 11 Uhr
zu **Krojanke** im **Lehmer'schen** Gasthose anberaumt, wozu Käufer mit dem Bemerken eingeladen werden, daß die Bedingungen im Termine bekannt gemacht werden und die Schutzbeamten angewiesen sind, die Hölzer auf Verlangen vor dem Termine vorzulegen.

Die Hölzer liegen größtentheils unmittelbar an der nach der Wege führenden Gasse und kann das Aufmaßregister bei dem Unterzeichneten und den betreffenden Schutzbeamten eingesehen werden.
Kujan, den 4. Januar 1862.
Der königliche Oberförster **Vorf.**

**** Wer Französisch und Englisch durch Selbstunterricht schnell u. leicht zu erlernen wünscht, dem empfehlen wir die deutsch-französisch-englische Conversations-schule, neueste Parallel-Methode von dem concessionirten Sprachlehrer und Literaten **M. Sellig** in Berlin.**
Die Conversationsschule, durchgehends mit höchst correcter Angabe der **Aussprache** des Französisch u. Engl. verfasst und deshalb auch für Anfänger geeignet, besteht aus 2 Cursen und ist für 2½ Thlr. vollständig, jeder Cursus getrennt für 1½ Thlr. oder vermittelst Abonnements in 18 und 21 Lieferungen à 2/3 Sgr. gegen Postvorschuss von **M. Selligs** Selbstverlags-Expedition, Friedrichsgracht 51 in Berlin, direct und auch durch alle Buchhandlungen zu beziehen, in **Posen** zu haben in der **Gehr. Scherk'schen** Buchhandlung (**E. Rehfeld**), in **Bromberg** bei **Aronsohn**.
Dr. phil. B. H. — n.; Dr. S. Sachs.

Ein im schönsten Geschmack neu gebautes Haus in dem angenehmsten Theile Breslau's ist bei 300 Thlr. Rein-Ueberschuß für den festen Preis von 18,000 Thlr. bei circa 3—4000 Anzahlung zu verkaufen.

Näheres im Louis Stangen'schen Annoncen-Bureau in Breslau, Karlsstr. 42.

Zu pachten wird baldigst gesucht: eine rentable, oder ein geeignetes Lokal zur Restauration.

Hierauf Reflektirende wollen gefälligst ihre Offerten nebst Bedingungen beim **Bäckermeister Lüneberg**, Wollmarkt, 1 Treppe rechts, **Bromberg**, einreichen.

Der Garten Columbia Nr. 2 gradüber der **Cegielstich'schen** Maschinenbauanstalt ist von **Herrn D. Z.** ab zu verpachten. Näheres Markt Nr. 42.

Von einem Dominio wird ein rechtlichaffener Milchabnehmer, der eine Ration von wenigstens 200 Zhlr. leisten kann, gesucht. Für vorzügliche Milch wird garantirt, und die Preise niedrig gestellt. Offerten nimmt die Expedition der Zeitung sub **Chiffre A. R.** an.

Schlittengeläute
in den neuesten und zweckmäßigsten Mustern, mit und ohne Schweiß, empfiehlt billigt **G. Schönecker**, gr. Gerberstraße 16.

Jean Morins elastische Hüneraugen- und Ballen-Ringe.
Diese halten jeden Druck an **Hüneraugen** oder **Ballen** ab und beseitigen den dadurch entstehenden unheilbaren Schmerz, nach und nach das Hünerauge selbst, resp. den Ballen. Vermöge ihrer vollkommenen Elastizität können sie sogar in engem Schuhwerk ganz bequem getragen werden. In **Posen** à Carton mit 12 H. R. oder 6 Ballen normal 10 Sgr., größere 12½ Sgr., allein echt bei **S. Spiro**, Markt 87.

Generaldebit Handlung L. W. Egers in Breslau.

Ausverkauf
von echt imp. türk. Tab., imp. Cigarren, Nollen-Varinas u. a. Tab. zu jetzigen Fabrikpreisen wegen Geschäftsaufgabe.
A. Wilkowsky,
Neue- und Schulstraßenecke Nr. 14.
Fr. Anstr. v. ausw. w. prompt effekt.

Kartoffelmehl, nasse und trockene **Kartoffelsäfte**, so wie **Stärke** und **Stärke** stets oder übernehme Kommissions-Geschäfte darin gegen mäßige Provision
Gebrüder Gelling in Berlin.

Stroh-, Roghaar- und Basthüte werden zum Waschen, Färben und Modernisiren angenommen bei **Johanna Schocken**, Wilhelmstraße 9, 1. Etage, vis-à-vis Mylius' Hotel.
Auch werden Herrenhüte jeder Art zum Waschen angenommen.

Ein Strohhut-Fabrik- und Appretir-Geschäft, sehr rentabel, mit einer neuen ausgezeichneten Einrichtung: Plättmaschinen, Werkstätten und allen erforderlichen Formen und Vorrichtungen ist zu verkaufen. Näheres alte Taschenstraße Nr. 27 b, 1. Etage in **Breslau**.

Ein dekorirte Kaffee- und Theeervice, Dessertteller, Luchenteller, Blumenvasen, Bowlen empfiehlt billigt **S. R. Kantorowicz**, Wilhelmplatz 16.
NB. Echte Porzellansteller von 1 Thlr. Dub. an.

Beste Sorte emaillirtes eisernes Kochgeschirr aller Art empfiehlt in großer Auswahl zu den billigsten Fabrikpreisen; auch altes Kochgeschirr, wo das emaillirte fehlt, nehme ich zu den höchsten Preisen an.
Joseph Elkeles, Eisenhandlung, Breitestr. 19, im Hause des Herrn **W. Wunt.**

Ein Strohhut-Fabrik- und Appretir-Geschäft, sehr rentabel, mit einer neuen ausgezeichneten Einrichtung: Plättmaschinen, Werkstätten und allen erforderlichen Formen und Vorrichtungen ist zu verkaufen. Näheres alte Taschensstraße Nr. 27 b, 1. Etage in **Breslau**.

Unsere zweite direkte Beziehung von Batavia per Schiff **Sobanne Marie**, Kap. Wilhelmie, bestehend aus 80% und 40% Leggeren feinstem, wasserhellem Batavia-Arrak, **first quality**, haben wir noch vor Schluss der Schiffsahrt an unserer Stadt bekommen und im königl. Pacht-hofe gelagert.

Wir können demnach davon nach Wunsch auf Begleitschein I. und II. abgeben und die Qualität widerum als **selten schön** empfehlen. Ordres erbitten direkt. Preise billigt.
Stettin, im Januar 1862.
Theodor Lieckfeld & Co.

Frische Pfannkuchen
von heute ab täglich, empfiehlt die Konditorei von **A. Tomski**.

Frische Pfannkuchen
sind zu haben täglich, das Duzend zu 5 Sgr., in der Bäckerei von **Fr. Otto Geisenheyner**, gr. Gerberstr. 46, vis-à-vis dem Schwarzen Adler.

Das Verkaufsstal der **Milch** aus **Kobyle-Dpole** befindet sich von heute ab im Keller des **Busch's Hotel**, Wilhelmstraße, **Posen**, den 9. Januar 1862.

Zu vermieten ein Laden und Wohnung Krämerstr. 18. Näheres bei **Keller**.
Büttelstr. 19 sind 2 möbl. Stuben zu vermieten.

Ein Hauslehrer für zwei Knaben, den einen von 11, den andern von 6 Jahren wird zum 1. April d. J. gesucht. Reflektanten wollen sich an das Dom. **Tarnowo** bei **Czempin** wenden.

Ein junger Mann mit der nöthigen Schulbildung findet als Lehrling sofort eine Stelle beim **Spediteur Moritz S. Auerbach**.

Zur selbständigen Leitung eines Fabrikgeschäfts in der Nähe Berlins wird ein umsichtiger und sicherer Mann als Geschäftsführer mit einem Jahresgehalt von 6—800 Thlr. dauernd in engagiren gewünscht. Näheres durch **Solz & Co.** in Berlin, Fischerstr. 24.

Für ein hiesiges Bankinstitut werden **1 Buchhalter** und **2 Korrespondenten** mit guter Handschrift dauernd zu engagiren gesucht. Kenntniß derselben Branche ist nicht erforderlich. Aufstrag: Das merantillische Placierungskomptoir von **D. Braun** in Berlin, Mauerstraße 8.

Auf ein gräßliches Rittergut wird ein gebildeter Oekonom mit 400 Thlr. Jahresgehalt und freier Station verlangt.

Ferner kann ein jüngerer Mann (Verwalter) mit 150 Thlr. Jahresgehalt und freier Station placirt werden.
Das landwirthschaftl. Anstellungsbureau in Berlin, Jerusalemstr. 63.

Ein Lehrling mit guten Schulkenntnissen findet eine Stelle bei **L. A. Kallmann in Katal.**

Ein junger Mann mit den nöthigen Schulkenntnissen, beider Landessprachen mächtig, kann sogleich oder zum 1. April als Lehrling eintreten beim **Apotheker A. Pfuhl**,
Posen, Markt 37.

Ein unverheiratheter Gärtner, welcher sich durch gute Zeugnisse empfiehlt, kann sofort in Unterkommen auf dem Gute **Gwiazdowo** bei **Schwerzen** erhalten. Die Bedingungen müssen bei mir hier in **Posen** eingesehen.
Tschuschke, Justizrath,
Kanonenplatz Nr. 9.

Ammen weiß nach **Kuresku**, Markt 80.

Meine sämtlichen Gläubiger fordere ich hiermit auf, sich am 20. Januar dieses Jahres in **Posen** beim Rechtsanwalt Herrn **Paul Gregor**, wohnhaft Wilhelmplatz, mit ihren Präferenzen persönlich melden zu wollen.
Anton v. Chlapowski.

Verein junger Kaufleute.
Sonntags den 11. Januar c. Nachmittags 3 Uhr:
Vortrag über Chemie.

Durch meinen Trüersfall über m. selige Mutter haben m. Vorträge abermals verchieden werden müssen; ich bitte denn auf Sonnabend 3—4 Uhr Nachmittags im Hotel de Saxe. Diesmal publice.
Rabbiner **Dr. Chronik**.

Ein großer, schwarz gefleckter Pudel hat sich eingefunden und kann gegen Erstattung der Injektions- und Futterkosten abgeholt werden...

Familien-Nachrichten.

Statt jeder besondern Meldung erlauben wir uns hierdurch unsere Verlobung ganz ergebenst anzugeben.

Magdeburg und Posen, den 4. Jan. 1862. Louise Niemann, Suttinger, Regierungs-Rath.

Gestern Nachmittag um 2 Uhr starb hier eine geliebte Frau Albertine geb. Klinge nach einem noch nicht zweitägigen Krankenlager und schweren Leiden an Hirnentzündung.

Answärtige Familien-Nachrichten.

Verlobungen. Berlin: Fr. M. Goldt mit dem Frn. W. v. Wolftradt aus dem Hause Schmagin.

Verbindungen. Berlin: Fr. Hel. Ambronn mit dem Hauptm. May; Quelinburg: Fr. J. Schmeier mit dem Fr. Heut. Braune.

Geburten. Ein Sohn dem Hauptmann G. v. Eberhardt in Berlin, dem Reg. Assessor v. Gottberg in Frankfurt a. D.; eine Tochter dem Frn. S. Starke in Berlin.

Todesfälle. Dr. G. v. Schwerin in Cadary (Mexiko), Pastor erem. G. Neumann in Bernburg, Sanit. Rath und Kreisphysikus Dr. Ruppardt in Langensalza, Dr. phil. Berkowicz, Hauptfeueramtsrath, a. D. Kaufmann, früherer Hauptgutsh. Tuch, Major a. D. v. Zastrow und Major a. D. Simon in Breslau.

Die besten Bücher neu! zu nie dagewesenen Spottpreisen!!

Geschäfts-Princip.

Es werden nur neue! - komplette u. fehlerfreie Exemplare expedirt u. Emballage nicht berechnet.

Köner's sämmtl. Werke komplett in 3 Thle., mit Portr., eleg. geb., nur 1 Thlr.!! Fische's Werke, beste Ausgabe, Schillerformat, in 17 starken Bänden, eleg., nur 5 Thlr. 28 Sgr.!!

Henselt - Kalkwoda - Ch. Mayer - Hoff, eleg. geb., nur 1 Thlr.!! Dentwürdigkeiten des Frn. v. H. ... (Auktionspreis 3-4 Louisdors) nur 2 Thlr.!! Die Verschwörung in Berlin, do. do., 2 Thlr.!! Das norddeutsche Unterhaltungsblatt mit circa 150 Novellen, Erzählungen, Gedichte etc. etc., 350 gr. Quartseiten stark, nur 15 Sgr.!!

An wen wendet man sich also bei seinen Büchereinkäufen? direkt an das langjährig renommirte Bücher-Expeditiionslager von Moritz Glogau, Hamburg, 122. Neßl. Fuhlenwiete 122. Gratis! Zugaben!

Stadttheater in Posen. Donnerstag, zum Benefiz für Frau W. Hoff: Fridolin, oder: Der Gang nach dem Eisenhammer. Romantisches Schauspiel nach Schillers Ballade bearbeitet von Holbein.

Heute Donnerstag den 9. Januar Eisbisse und Plati, wozu ergebenst einladet J. Kochanowski, Bergstraße 7. Kaufmännische Vereinigung zu Posen. Geschäfts-Versammlung vom 9. Januar 1862. Fonds. Br. Gd. bez.

Produkten-Börse. Berlin, 8. Jan. Wind: W. Barometer: 28.2. Thermometer: früh 1° - Witterung: Schnee und Regen abwechselnd.

Wollbericht. Pesti, 4. Januar. Der größte Theil der Käufer hat unseren Platz bereits verlassen, doch sind noch mehrere derselben anwesend.

Hopfen. Spalt, 4. Jan. Das Geschäft hat seinen steten Fortgang und werden, die Feiertage ausgenommen, fast täglich Käufe abgeschlossen.

Telegraphische Börsenbericht. Hamburg, 8. Jan. Weizen loco etwas billiger zu kaufen, ab Anwärts ganz geschäftlos.

Table with 2 columns: Item name and price. Includes Staats-Schuldsch., Staats-Anleihe, Preuss. 3 1/2% Staats-Schuldsch., etc.

Stettin, 8. Januar. Wetter: Thaumetter, Regen. Thermometer + 2° R. Wind: W. Weizen loco p. 85 pfd. gelber Schlef. 77-80 Rt.

Stettin, 8. Januar. Wetter: Thaumetter, Regen. Thermometer + 2° R. Wind: W. Weizen loco p. 85 pfd. gelber Schlef. 77-80 Rt.

Table with 2 columns: Item name and price. Includes Staats-Schuldsch., Kur-u. Neum. Schuld, Berl. Stadt-Oblig., etc.

Table with 2 columns: Item name and price. Includes Destr. 5proz. Loose, Hamb. Dr. 100 Bk., Kur. 40 Thlr. Loose, etc.

Fonds- u. Aktienbörse.

Berlin, 8. Januar 1862.

Table with 2 columns: Item name and price. Includes Eisenbahn-Aktien, Aachen-Düsseldorf, Aachen-Mastricht, etc.

Table with 2 columns: Item name and price. Includes Industrie-Aktien, Dessau-Kont. Gas-W., Berl. Eisenh. Fabr., etc.

Bant- und Kredit-Aktien und Antheilscheine.

Table with 2 columns: Item name and price. Includes Berl. Kassenverein, Berl. Handels-Ges., Braunschweig, etc.

Table with 2 columns: Item name and price. Includes Weimar. Bank-Akt., Köln-Minden, etc.

Prioritäts-Obligationen.

Table with 2 columns: Item name and price. Includes Aachen-Düsseldorf, do. II. Em., do. III. Em., etc.

Table with 2 columns: Item name and price. Includes Staats-Schuldsch., Kur-u. Neum. Schuld, Berl. Stadt-Oblig., etc.

Ausländische Fonds.

Table with 2 columns: Item name and price. Includes Destr. Metalliques, do. National-Anl., do. 250fl. Präm. D., etc.

bz., Galiz. 72-76 Rt. bz., bunter Poln. 75-77 Rt. bz., weißer Krattauer 77-80 Rt. bz., feiner 80-81 Rt. bz., 100 B. gelber Schlef. 83/84 pfd. abzuladen 80 Rt. bz., 83/85 pfd. gelber Frühjahr 83 Rt. bz., Br. u. Gd.

Wetter: etwas mildere Temperatur, früh - 1°. Wind: W. Feiner weißer Weizen 89-91 Sgr., mittelweißer und weißbunter 83-87 Sgr., f. gelber Schlef. 86-89 Sgr., galizischer 78-82-85 Sgr., blaupigiger 75-78-80 Sgr.

Wetter: etwas mildere Temperatur, früh - 1°. Wind: W. Feiner weißer Weizen 89-91 Sgr., mittelweißer und weißbunter 83-87 Sgr., f. gelber Schlef. 86-89 Sgr., galizischer 78-82-85 Sgr., blaupigiger 75-78-80 Sgr.

Wetter: etwas mildere Temperatur, früh - 1°. Wind: W. Feiner weißer Weizen 89-91 Sgr., mittelweißer und weißbunter 83-87 Sgr., f. gelber Schlef. 86-89 Sgr., galizischer 78-82-85 Sgr., blaupigiger 75-78-80 Sgr.

Wetter: etwas mildere Temperatur, früh - 1°. Wind: W. Feiner weißer Weizen 89-91 Sgr., mittelweißer und weißbunter 83-87 Sgr., f. gelber Schlef. 86-89 Sgr., galizischer 78-82-85 Sgr., blaupigiger 75-78-80 Sgr.

Wetter: etwas mildere Temperatur, früh - 1°. Wind: W. Feiner weißer Weizen 89-91 Sgr., mittelweißer und weißbunter 83-87 Sgr., f. gelber Schlef. 86-89 Sgr., galizischer 78-82-85 Sgr., blaupigiger 75-78-80 Sgr.

Telegraphische Korrespondenz für Fonds-Kurse. Frankfurt a. M., Mittwoch 8. Januar, Nachm. 2 Uhr 30 Min. Matte Stimmung. Schluszkurse. Staats-Prämien-Anleihe 118 1/2. Preuss. Rassenleihe 104 1/2. Ludwigsbafen-Verbach 130 1/2. Berliner Wechsel 105. Hamburger Wechsel 87 1/2. Londoner Wechsel 117 1/2. Pariser Wechsel 92 1/2. Wiener Wechsel 100.